

Internationales Institut für Liberale Politik Wien  
**SOZIALWISSENSCHAFTLICHE  
SCHRIFTENREIHE**

## **Inhalt**

<b>Urs Schoettli</b> Chinas Rückkehr auf die Weltbühne	3
<b>Gustav C. Gressel</b> „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechts- verletzungen, Demokratie- und Rechts- staatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma	12
<b>Franco Algieri</b> Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte	23
<b>Eugene Kogan</b> Die Beziehungen Israels zur Nato	34
Die Autoren dieses Heftes	39
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe - bisher erschienen	40



## **Board internationaler Konsulenten**

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Prof. Dr. Bo Hultdt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schoettli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

### **Impressum**

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, Juni 2008

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3

ISBN 978-3-902595-19-5

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich  
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung 1983  
gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

# Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

---

## Die historischen Hintergründe

---

Kein Land kann ohne eine minimale Kenntnis seiner Geschichte angemessen beurteilt werden. Dies gilt ganz besonders für eine so alte und komplexe Kultur wie die chinesische.

Am Ende des 18. Jahrhunderts trugen China und Indien rund 50 % zur weltwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Danach setzte der, teils selbst-, teils fremdverschuldete Abstieg ein. Europa, dessen koloniale Imperien immer weiter nach Asien vorgestoßen waren, ersetzte Indien und China als Zentrum der Weltwirtschaft, eine Entwicklung, die durch die „*Industrial Revolution*“ in Großbritannien noch mächtige vorangetrieben wurde.

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert Europas, insbesondere Großbritanniens gewesen. Das 20. Jahrhundert wurde vor allem nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg und nach dem Sieg im kalten Krieg zum amerikanischen Jahrhundert. Alles deutet zur Zeit darauf hin, dass das 21. Jahrhundert zum asiatischen Jahrhundert werden wird. Dadurch wird nur ein Zustand, der vor dem Ende des 18. Jahrhunderts die Normalität gewesen war, wieder hergestellt.

Europas Aufstieg erfolgte auf Kosten Asiens. Während die europäischen Kolonialmächte reich wurden, verarmte Asien. Die große Herausforderung, mit der sich die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht, besteht darin dafür zu sorgen, dass Asiens Wiederaufstieg nicht mit dem Abstieg des Westens, insbesondere Europas einhergeht.

Die drei großen asiatischen Kulturen, die *indische*, die *japanische* und die *chinesische*, haben die Begegnung mit den europäischen Mächten im 19. Jahrhundert in sehr unterschiedlicher Form erlebt. Dies hat bis heute seine Spuren hinterlassen. Indien wurde ins britische Imperium integriert. Dies hatte schwerwiegende wirtschaftliche Konsequenzen, indem London die indischen Besitzungen zu seinem Vorteil

schamlos ausbeutete. Es hatte auch schwerwiegende psychologische Konsequenzen, indem die Briten sich als Herrenrasse fühlten und dementsprechend aufführten. Auf der andern Seite hatte es, wie heute, mehr als eine Generation nach dem Abzug der britischen Kolonialherren vom indischen Subkontinent anerkannt werden kann, auch eine positive Hinterlassenschaft der britischen Herrschaft über Indien gegeben. Man denke an das Rechtssystem, an die politische Ordnung und an die englische Sprache.

Die Japaner machten eine ganz andere Erfahrung mit dem Westen. Als die japanischen Eliten die europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert immer weiter nach Ostasien vordringen sahen, besannen sie sich auf ihre eigene Stärke. Das mittelalterliche, feudalistische System des *Shoguns* wurde in der sogenannten „*Meiji Restoration*“ durch eine umfassend erneuerte politische Ordnung sowie durch tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und technologische Erneuerung abgelöst. Die Japaner hatten richtig erkannt, dass sie die vordringenden Europäer nur wirksam stoppen konnten, so sie deren Modernisierung übernahmen. Innerhalb einer Generation katapultierte sich Japan damit von einer mittelalterlichen Feudalgesellschaft in eine moderne Industriegesellschaft.

Wiederum ganz anders war die Erfahrung der Chinesen. Das Geschehen im 19. Jahrhundert, insbesondere die beiden *Opiumkriege* sowie der *Boxeraufstand* von 1900 mussten bei den Chinesen den Eindruck eines Westens hinterlassen, der keine andere Absicht hatte, als das *Reich der Mitte* zu erniedrigen und seine Ressourcen zu plündern. Die von den Briten im ersten Opiumkrieg erzwungene Abtretung Hongkongs, die zahlreichen ausländischen „Konzessionen“, Gebiete, in denen die Ausländer ihre Privilegien und ihre eigene Rechtshoheit besaßen, sowie die willkürliche Überantwortung der ehemaligen deutschen Konzessionen an die

Japaner am „Friedenskongress“ in Versailles, alle diese Ereignisse bestätigten den Argwohn gegenüber den unlauteren Absichten der Europäer.

Es ist wichtig, diese historischen Entwicklungen im Auge zu behalten, da sie auch heutige Verhaltensmechanismen in Indien, Japan und China erklären können. Als ein Kulturvolk, das seine sozialen Beziehungen vor allem auf die Familie und den Clan ausgerichtet sieht, sind die chinesischen keine Nationalisten im kontinentaleuropäischen Sinne. Es gibt jedoch starke patriotische Gefühle sowie im Falle, da man sich in seiner Ehre betroffen fühlt, virulente Chauvinismen. Diese können, wie antiamerikanische und antijapanische Proteste zeigen, plötzlich ausbrechen, wobei nicht immer eindeutig ist, wie viele solcher spontaner Gefühlsausbrüche von den Behörden nicht nur toleriert, sondern gar aktiv gefördert werden.

Chinas großes Trauma des 20. Jahrhunderts war der Bürgerkrieg und die japanische Besetzung. Man kann sich aus der heutigen Perspektive diese Zeiten der Wirren kaum chaotisch und

brutal genug vorstellen. Als *Mao Zedong* am 1. Oktober 1949 auf dem Platz des Himmlischen Friedens (*Tiananmen*) in Peking die Volksrepublik China ausrief, hatte er unzweifelhaft historische Legitimation und höchstes Prestige, da er das Ende des Bürgerkriegs herbeigeführt hatte. Dass die Hoffnung auf eine bessere Zukunft recht bald und auf brutalste Weise zunichte gemacht wurde, konnten die Menschen damals nicht wissen.

Noch immer nicht überwunden ist das Erbe des zweiten Weltkriegs. Alle Spekulationen über einen gemeinsamen ostasiatischen Markt oder gar über eine gemeinsame ostasiatische Währung müssen Hirngespinnste bleiben, solange die historische Aussöhnung zwischen China und Japan nicht stattgefunden hat. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass der Prozess der europäischen Einigung ohne die deutsch-französische Aussöhnung und ohne die Schaffung der NATO nie hätte lanciert werden können. Beide Voraussetzungen fehlen jedoch in Ostasien.

---

## Die Bedeutung der chinesischen Wirtschaftsreformen

---

Aus heutiger Sicht müssen *Zhao Ziyang*, der nach der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Frühsommer 1989 entlassene Parteichef, und vor allem *Deng Xiaoping* als Reformers von welthistorischer Größe gewertet werden. Was sich in China seit dem Beginn der Wirtschaftsreformen Ende der siebziger Jahre ereignet hat, gehört zu den weitreichendsten und bedeutendsten ökonomischen und sozialen Modernisierungen der Weltgeschichte. Rasch gewöhnt der Mensch sich an neue Verhältnisse. Man nimmt heute für gegeben hin, dass Schanghai schon immer seine Glitzerfassaden hatte. Nur wer den Blick über das letzte Vierteljahrhundert zurück schweifen lässt, kann sich der monumentalen Veränderungen im Reich der Mitte überhaupt bewusst werden.

Beim Tode Maos 1976 lebte ganz China in Armut und Rückständigkeit. Um jene Zeit galt jemand, der ein Vermögen von 10.000 *Yuan Renminbi* hatte, als reich. Der größte Teil der Bevölkerung war unterernährt, das Erziehungssystem war als

Folge der sogenannten „großen Kulturrevolution“ zerstört worden, es gab keine höhere Bildung oder qualifizierte Ausbildung, die Infrastruktur des Landes war außerhalb einiger weniger Großstädte inexistent und selbst in der Kapitale Peking wurde das Straßenbild von einem armseligen, einheitlich blau gekleideten Heer von Radfahrern dominiert. Von einer dünnen Nomenklatur abgesehen lebten die Menschen in Wohnkommunen, wo sich mehrere Familien Küche und Bad, ja teilweise auch Schlafräume teilen mussten. Als mit der Errichtung von dem Export und ausländischen Investoren vorbehaltenen wirtschaftlichen Sonderzonen die ersten zaghaften Reformschritte realisiert wurden, lebte das Gros der Chinesen im tiefsten Mittelalter.

Es ist höchst wahrscheinlich, dass *Deng Xiaoping* die volle Tragweite dessen, was er mit seinen Reformen auslösen sollte, nicht bewusst war. Drei Tatsachen waren ihm jedoch voll gewärtig. Es sind dies Charakteristika, die auch für die heutige Beurteilung von Risiken und

Chancen der chinesischen Entwicklung von wegleitender Bedeutung sind. Als Erstes wusste Deng, dass Pragmatik ein Grundbestandteil der chinesischen Identität, der chinesischen Lebenseinstellung ist. Er wusste um die uralte Weisheit, dass, so man die Menschen im Reich der Mitte nur ihre Initiative entfalten lässt, sie die sich bietenden Möglichkeiten, ihr Leben zu verbessern, rasch und wirksam wahrnehmen würden. Er wusste zum Zweiten um die uralte Geschäftstüchtigkeit der Chinesen. Anders als etwa in der benachbarten Sowjetunion, wo die Rückständigkeit nicht nur dem Sowjetregime, sondern auch der traditionellen Lethargie der russischen Menschen zuzuschreiben war, brauchte man in China bloß der privaten Initiative etwas Spielraum zu belassen und der Take-off war in Reichweite. Als Drittes wusste *Deng* schließlich, dass nach den Verheerungen, die Mao während drei Jahrzehnten über das Land gebracht hatte, die Modernisierung nur durch Öffnung nach außen speditiv zu realisieren war. Öffnung nach außen bedeutete Öffnung für ausländische Investitionen, Öffnung für ausländische Technologie und Produktion und schließlich Öffnung für den Transfer von Wissen und Forschung aus dem Ausland. Bei Investition und Produktion dachte *Deng* natürlich vor allem auch an die chinesische Überseegemeinschaft, die sich in vielen Teilen der Welt erfolgreich etabliert hatte, vor allem aber auch an Hongkong und Taiwan. Beim Wissenstransfer ging sein Augenmerk vor allem auf die USA.

Es wäre sehr gefährlich, die Reformen als einen einzigen ungebrochenen Prozess von Neuerungen und Modernisierung zu sehen. *Deng* und seine Reformkräfte mussten sich gegen erheblichen Widerstand in der Partei durchsetzen. Die Öffnung war vor allem den Wertkonservativen, den maoistischen Traditionalisten, ein Dorn im Auge. Mehrmals standen die Dinge auf des Messers Scheide, wiederholt brauchte es die persönliche Zivilcourage *Dengs*, um Stagnation oder gar einen Rückfall zu vermeiden. Zu den gefährlichsten Herausforderungen war vor allem auch die Unterdrückung der Demokratiebewegung im Frühjahr 1989, die mit dem Massaker auf Pekings *Tiananmen* Platz ins Bewusstsein der ganzen Welt eingedrungen war, zu zählen. Noch steht die historische Aufarbeitung dieser tragischen Ereignisse in China selbst an.

Jedermann weiß, dass dafür die Sühne noch geleistet werden muss. Wichtig ist, im Auge zu behalten, dass hinter den Protesten nicht nur Studenten und Demokratiebefürworter standen, sondern dass die Rastlosigkeit auch von Elementen ausgebeutet wurde, die *Dengs* Reformen generell ablehnend gegenüberstanden und sie rückgängig machen wollten.

Nach dem Schock von 1989 setzte die chinesische Führung voll auf die Entwicklung der Wirtschaft. Politische Reformen wurden abgeblockt, dafür setzte man mit aller Kraft auf das Wirtschaftswachstum. Die neunziger Jahre brachten der chinesischen Wirtschaft einen beispiellosen Aufschwung. China wurde mit rasch beschleunigter Geschwindigkeit in die Weltwirtschaft integriert. 2004 war die Volksrepublik eine der wichtigsten Handelsmächte der Welt. Im gleichen Jahr stieg China bei den ausländischen Direktinvestitionen (FDI) an die Weltspitze auf. *Jiang Zemin*, der bis 2002/3 die Führung innehatte, besaß zwar nicht das Charisma von *Deng Xiaoping*, es gelang ihm und seiner Führungscrew jedoch, China in einer Phase des raschen wirtschaftlichen und – damit einhergehend – des sozialen Wandels stabil zu halten.

Die wichtigsten Resultate der während der letzten fünfzehn Jahre verzeichneten Entwicklungen sind:

- 1) Chinas Modernisierung hat sich, nachdem der Wirtschaftsmotor einmal richtig angesprungen war, rasch über die ursprünglichen wirtschaftlichen Sonderzonen hinaus ausgebreitet. Vor allem in den Küstenregionen, in Süd- und Ostchina sowie in den Agglomerationen von *Peking*, *Tjanjin*, *Schanh gai*, *Chongqing* und *Guangdong*, aber auch in manchen international wenig beachteten Provinzkapitalen wie *Chengdu*, *Jinan* und *Kunming* haben sich Mittelschichten gebildet, die heute rund 20 Prozent der gesamtchinesischen Bevölkerung, also rund 260 Millionen Menschen, ausmachen. Natürlich ist die Kaufkraft noch bei weitem nicht auf dem in Europa gängigen Niveau angelangt, doch stellt sie gegenüber dem was, in China bis in die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts gängig war, einen wahren Quantensprung dar.

2) Unter *Mao* verhartete das ganze Land in einem Zustand der schlimmsten Armut und Unterentwicklung. Heute lebt China in verschiedenen Jahrhunderten. Die dynamischen, vor allem jüngeren Menschen in den Metropolen leben im 21. Jahrhundert, derweil tief in den Provinzen die Menschen weiterhin in Drittweltverhältnissen ihr Dasein fristen müssen. Dieses Gefälle sorgt für Spannungen, welche die soziale Kohäsion und Stabilität des Reichs der Mitte gefährden können. Es ist, wie auch internationale Statistiken ausweisen, zwar nicht zu bestreiten, dass von den Wirtschaftsreformen nicht nur die wohlhabenderen Chinesen profitiert haben. Es sind im Laufe der letzten 25 Jahre auch Hunderte von Millionen Chinesen über die Armutsgrenze empor gehoben worden. Doch bekanntlich ist der Mensch mit dem, was er erreicht hat, nie zufrieden, sondern vergleicht das, was er hat, mit dem was die anderen haben. Die sozialen Veränderungen, die notwendigerweise mit der wirtschaftlichen Modernisierung einhergehen, stellen denn auch eine bedeutende Herausforderung an die chinesische Führung dar.

3) Rasantem wirtschaftlichem Wandel, etwas zögerlichem und zuweilen auch destabilisierendem sozialem Wandel steht politische Stagnation gegenüber. Während sich Chinas Wirtschaft und Gesellschaft am Anfang des 21. Jahrhunderts überhaupt nicht mehr vergleichen lässt mit dem, was 1976 bestand, hat sich an der politischen Front kaum etwas getan. Es herrscht die

Kommunistische Partei nach wie vor in totalitärer Alleinherrschaft. Am letzten, 16. Parteikongress hatte sie sich zwar von der traditionellen Beschränkung auf die Arbeiter- und Bauernschaft emanzipiert und selbst für Unternehmer die Option der Mitgliedschaft eröffnet. Auch ist jedem, der die Reformen aufmerksam verfolgt klar, dass die KPC von der marxistischen Reinheitslehre längst abgewichen ist. Der Pragmatismus von *Deng Xiaoping* bedeutet auch, dass die programmatische Identität der KPC als klassische marxistische und sozialistische Partei längst der Vergangenheit angehört. Auch die historische Legitimität, die durch *Mao* und *Deng* als herausragende Führer der chinesischen Revolution gewährleistet wurde, ist dahin. Im Wesentlichen kann die Partei heute ihre Herrschaft nur noch durch ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum rechtfertigen. Dies ist eine höchst zerbrechliche Basis, weshalb auch unter den aufgeklärteren Repräsentanten des Systems Klarheit herrscht, dass die nächste große Herausforderung an die Führung Chinas die politische Modernisierung ist. Wie diese realisiert wird, darüber wird in kleinen Zirkeln seit einiger Zeit heftig debattiert. Außenstehende können nur spekulieren, wobei eines sicher sein dürfte: die Lösung, die schließlich implementiert werden wird, wird eine typisch chinesische sein. Angesichts der Geschichte und der Dimensionen des Reichs der Mitte kommt eine schlichte Übernahme von Modellen, die anderswo in der Welt Erfolg hatten, nicht in Frage.

---

## Chinas Rückkehr in die Weltwirtschaft

---

Mit seinen hohen Wachstumsraten und wirtschaftlichen Erfolgen überrascht China die Welt seit nun rund einem Vierteljahrhundert stets von neuem. Es ist sicher gerechtfertigt, sich von der Entwicklung beeindruckt zu zeigen, doch überraschen sollte sie all diejenigen, die eine längere historische Perspektive haben, eigentlich nicht. China kehrt schlicht und einfach zu jener herausragenden Stellung zurück, die es über weite Strecken seiner reichen Geschichte eingenommen hatte. Es ist verständlich, dass der Wiederaufstieg einer Großmacht allenthalben für Ängste sorgt. Wir haben denn auch in den letzten Jahren eine Wiederbelebung der alten Furcht vor

der „gelben Gefahr“ erlebt. Diesmal sind es jedoch nicht mongolische Reiterhorden, die vor den Stadttoren stehen, sondern chinesische Exporte, die, so das Argument der traditionellen Protektionisten und politischen Opportunisten, uns die Jobs wegnehmen.

Chinas Rückkehr in die Weltwirtschaft ist jedoch nicht nur machtpolitisch von weit reichender Bedeutung. Sie bringt für die Welt wie für China selbst auch eine Reihe von ordnungspolitischen Herausforderungen, die es in dieser Form und in diesem Ausmaße bisher noch nie gegeben hat. Als Erstes sorgt die Wiedervernetzung Chinas mit

der Weltwirtschaft sowohl für neue Chancen als auch für neue Risiken. Auf der Aktivseite ist zu vermerken, dass ein China, das an der Weltwirtschaft teilhat, erheblich berechenbarer ist, als ein China, das sich, wie zu *Maos* Zeiten, vollständig von der Außenwelt abgeschottet hat. China muss heute zu seinem eigenen Vorteil an einer prosperierenden Weltwirtschaft, an einem effizienten internationalen Finanzsystem und an reibungslos fließenden Handelsströmen und an einer sicheren Energie- und Rohstoffversorgung interessiert sein. Weltwirtschaftliche Verwerfungen würden sich unmittelbar in der chinesischen Binnenwirtschaft niederschlagen und, so sie einen nachhaltigen Konjunkturerbruch nach sich ziehen würden, die Stabilität des Systems selbst gefährden. Vor diesem Hintergrund kann es nicht erstaunen, dass die Volksrepublik längst ihre frühere Mission, die Weltrevolution anzustacheln, aufgegeben hat. In Tat und Wahrheit ist China heute auf der internationalen Bühne eine konservative Macht, eine Macht, die wie das Österreich Metternichs kein Interesse an politischer Instabilität, an Kriegen und Krisen hat. Die westlichen Führungsmächte, insbesondere die USA und die EU, sollten diesen profunden Rollenwechsel endlich zur Kenntnis nehmen und China als eine verantwortliche Großmacht behandeln und ihm nicht nach Manier eines drittrangigen Entwicklungslandes moralische Lektionen erteilen.

Auf der Passivseite ist zu vermerken, dass Chinas Rückkehr in die Weltwirtschaft den globalen Verteilungskampf um Ressourcen und Arbeit kräftig angeheizt hat. Es mögen allerlei Naturkatastrophen und politische Verwerfungen in den letzten Monaten zur Steigerung der Energiekosten beigetragen haben. Tatsache ist indessen, dass die strukturellen Gründe für den Auftrieb bei der gewaltig gewachsenen indischen und chinesischen Nachfrage liegen. Im Falle Chinas kann dies auch der flüchtigste Besucher leicht erkennen. Er braucht nur die verstopften Strassen in Peking und Schanghai zu sehen. Wo einst das Rad die Strasse beherrschte, wälzen sich nun Blechlawinen von amerikanischen Dimensionen durch die Avenuen. China ist auf dem besten Wege, zur zweitgrößten Automobilnation der Welt zu werden. Noch vor zehn Jahren, 1995, war China beim Erdöl

Selbstversorger. Letztes Jahr hat es Japan als der Welt zweitgrößter Importeur von Erdöl abgelöst. Ein Ende ist in dieser Entwicklung nicht abzusehen. Zumindest aus westlicher Sicht auf der Passivseite einzureihen, ist auch, dass China in immer mehr Industriebereichen zu einer bedrohlichen Konkurrenz für die Produktionsstandorte in den traditionellen westlichen Industrienationen wird. Fehl liegt, wer China noch immer primär als Produzenten von Billigsgütern ansieht. Inzwischen verlagern immer mehr internationale Unternehmen auch ihre Forschungsabteilungen nach China. Das Reich der Mitte profitiert wie Indien von dem Gesetz der großen Zahl. Auf der einen Seite ist die Milliardenbevölkerung natürlich eine enorme Belastung und übrigens auch ein Grund, weshalb sowohl Indien als auch China nicht globale Supermächte vom Format der USA werden können. Die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die aus einer so gewaltigen Bevölkerung erwachsen, sind schlicht zu groß. Doch darf andererseits nicht übersehen werden, dass die große Zahl auch ihre positiven Seiten hat. China hat in praktisch jedem Berufsbereich ein unerschöpfliches Heer von Arbeitskräften. Bei den qualifizierten Berufen ist der Wettbewerbsdruck so enorm, dass er sich nicht nur in günstigen Lohnkosten, sondern auch in der Breite und Tiefe des verfügbaren Talents niederschlägt. Zieht man in Betracht, dass noch immer über zwei Drittel der chinesischen Bevölkerung auf dem Lande leben, so kann man sich vorstellen, welche Reserven da noch vorhanden sind und was da an Konkurrenz auf die westlichen Industrienationen noch zukommen wird.

Wer Chinas Modernisierungsprozesse verfolgt, tut gut daran, den Fortschritt nicht einfach nur linear zu sehen. Die chinesische Entwicklung verläuft in Quantensprüngen. Wir haben dies bereits im Bereich der Reformpolitik gesehen, wo innerhalb eines Vierteljahrhunderts der Riesenschritt von den exklusiven Wirtschaftszonen zur Welthandelsmacht vollzogen wurde. Zu den Quantensprüngen, die derzeit im Gange sind oder die in kurzer Zeit werden realisiert werden, gehören der Fortschritt der chinesischen Wirtschaft von der reinen Produktion zu Forschung und Entwicklung, die Entwicklung von chinesischen Qualitätsgütern und Brands und schließlich die Expansion chinesischer Unternehmen nach

Übersee. Der Westen muss sich darauf einstellen, dass in Zukunft die Übernahme von westlichen Firmen durch chinesische nicht mehr der politische Ressentiments auslösende Einzelfall, sondern der Normalfall sein wird.

Eine Herausforderung besonderer Natur, die sich aus Chinas Rückkehr in die Weltwirtschaft ergibt, sind die ordnungspolitischen Konsequenzen der Modernisierung der chinesischen Wirtschaft. Im Raume steht zunächst die Frage, ob China eine Marktwirtschaft sei. Einmal abgesehen von den politischen Implikationen, welche die Anerkennung im Rahmen der WTO haben würde, muss von der ordnungspolitischen Warte her die Frage nach wie vor verneint werden. Es geht dabei um eine Reihe von Faktoren wie die Verfassung des chinesischen Finanzsektors oder die Abwesenheit eines ordentlichen Rechtssystems. Auch ist der dominante Einfluss der KPC und deren Organe, die über dem – für den Rest des Landes geltenden – Recht stehen, mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht zu vereinbaren. Es gibt indessen noch einen für die Weltwirtschaft

viel weiter reichenden Sachverhalt. Erstmals in der Geschichte des Industriezeitalters muss die Welt mit einem Land zurande kommen, dessen politisches System nach wie vor totalitär ist, dessen Wirtschaft aber von globaler Relevanz ist. Die Sowjetunion war zwar eine viel gefährlichere militärische Bedrohung des Westens, doch wirtschaftlich war sie stets ein Leichtgewicht und für den Gang der westlichen Wirtschaft irrelevant. Dies kann für China nicht mehr gelten. Die Kehrseite der Medaille ist allerdings, dass es auch noch nie ein nach wie vor dem Lenin'schen Zentralismus und der kommunistischen Einparteienherrschaft verpflichtetes Regime gegeben hat, das nicht die totale Kontrolle über die Wirtschaft ausüben konnte. Peking hat zwar noch immer ein mächtiges Arsenal an Einflussmöglichkeiten, nicht zuletzt auch wegen der beachtlichen Devisenreserven. Doch kann es die Volkswirtschaft nicht mehr von Schocks und konjunkturellen Veränderungen auf den Weltmärkten isolieren, was vor allem im Hinblick auf die zerbrechliche Legitimität des Regimes schwerwiegende Konsequenzen haben kann.

---

## Wird China zur Supermacht des 21. Jahrhunderts?

---

*Think Tanks* in den Vereinigten Staaten, Sicherheitsexperten in Nordamerika und Europa und zuweilen auch Politiker prophezeien, dass China noch in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts zur Supermacht aufsteigen werde und die USA in ihrem Status als der Welt einzige Supermacht ernsthaft herausfordern, wenn nicht gar bedrohen werde. Bereits gibt es denn auch Stimmen, die dazu raten, gegenüber dem Reich der Mitte rechtzeitig eine Strategie des Containment, der Eingrenzung, in Gang zu setzen, wie dies während des kalten Kriegs gegenüber der Sowjetunion mit Erfolg getan worden war. Eine sorgfältige Analyse der bisherigen Entwicklungen in China wie auch eine vorsichtige Evaluierung möglicher Zukunftsszenarien müssen jedoch zu viel differenzierteren Schlussfolgerungen kommen.

Wie erwähnt, sind wir überzeugt, dass China nie den Supermachtstatus wird erreichen können, den die USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhundert gehabt hatten und noch immer haben. Die

Dimensionen des Landes und seiner Bevölkerung sind schlicht zu groß. Es scheint in der Tat eine ideale Größe für eine globale Supermacht zu geben, die ungefähr bei 300 bis 400 Millionen Menschen liegt. Die USA haben diese Größe und auch die Europäische Union hat sie. Im letzteren Falle fehlt jedoch die sicherheitspolitische, militärische Kohäsion, die das Auftreten als eine in sich geschlossene Großmacht erlauben würde. Die verblichene Sowjetunion vermochte durch eine beispiellose Sonderanstrengung zum ernsthaften Rivalen der USA aufzusteigen, doch war sie dies nur in militärischer, nicht jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht. Spätestens seit dem Anbruch des Zeitalters der Globalisierung sind jedoch wirtschaftliche Stärke und technologischer Fortschritt erheblich wichtiger als die Zahl der Panzerdivisionen oder Raketen, über die man verfügt.

Dass China nicht zur Supermacht mit globaler Reichweite werden kann, bedeutet indessen nicht, dass es nicht eine Großmacht von Weltbedeutung werden wird. In diesem Sinne wird



China bereits in absehbarer Zukunft der wichtigste Partner und Rivale der USA im asiatisch-pazifischen Raum sein. Japan wird im Bündnis mit den USA weiterhin eine einflussreiche Rolle in Ostasien spielen, doch wird es nicht zu einem „global player“ werden. Indien wird zur technologischen Supermacht aufsteigen, doch sorgt seine geopolitische Lage dafür, dass es stets eine regionale, südasiatische Macht bleiben wird. China kann, wenn man alle Parameter berücksichtigt, damit im eigentlichen Sinne als *Primus inter pares* bezeichnet werden. Diese Entwicklung hat zwei Konsequenzen: zum Einen muss Peking sich verstärkt darum bemühen, dass seine Nachbarn die Mehrung der chinesischen Macht nicht als Bedrohung empfinden. Zum Zweiten muss China zahlreiche der heute noch bestehenden Verletzlichkeiten beheben. Das erste Ziel ist, wie nicht zuletzt auch die Reisetätigkeit von Staats- und Parteichef *Hu Jintao* zeigt, hoch auf der Traktandenliste der chinesischen Führung. Unter anderem ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass China seine ursprüngliche Ablehnung, in und mit multilateralen Foren mitzuarbeiten, aufgegeben hat. Dies ist besonders gut erkennbar bei der Kooperation mit der südostasiatischen Regionalorganisation ASEAN. Das zweite Ziel hängt eng mit dem Abbau der wirtschaftlichen Verletzbarkeit zusammen. Die chinesische Außenpolitik ist in den letzten Jahren stark von wirtschaftlichen Zielen geprägt worden. Das Reich der Mitte muss dafür sorgen, dass seine Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern gesichert ist. Darüber hinaus wirkt sich negativ auf die Sicherheitslage aus, dass Chinas Flotte nach wie vor in ihrer operativen Reichweite sehr begrenzt ist. Hier steht enormer Erneuerungsbedarf an. Nicht zuletzt geht es darum, die wichtigen Handelsstrassen, beispielsweise die Strasse bei *Malacca*, für die chinesischen Importe und Exporte zu sichern. Ob mit all diesen Innovationen China jedoch je in die Lage versetzt werden wird, seine Interessen in strategisch wichtigen Regionen wie dem Mittleren Osten oder in Afrika mit Waffengewalt durchzusetzen, darf gütlich bezweifelt werden.

Großmacht- oder gar Supermachtstatus hängt jedoch nicht allein von den militärischen Kapazitäten ab, sondern ist in entscheidendem Masse

eine Folge der wirtschaftlichen Potenz und der inneren politischen Stabilität. Im ökonomischen Bereich befindet sich China seit längerem auf dem richtigen Weg. Allerdings dürfen die Herausforderungen, die anstehen, nicht unterschätzt werden. Allen beachtlichen Erfolgen zum Trotz ist China in vielfacher Hinsicht und für die meisten seiner Bewohner noch immer ein Drittweltland. Setzt man die Dynamik, die Chinas Modernisierung während der letzten zwei Jahrzehnte angetrieben hat, in die Zukunft fort, so stehen die Aussichten, dass im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts China kaufkraftmäßig bereinigt zur größten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen wird, günstig. Wie in der jüngsten Vergangenheit, so ist auch in der Zukunft mit stets neuen Quantensprüngen zu rechnen, welche die vorhergesehene Entwicklung gar noch beschleunigen werden. Chinas Führung hat noch unter dem Vorgänger von *Hu Jintao*, *Jiang Zemin*, das Ziel vorgegeben, dass China innerhalb zehn Jahren zu einer „*Gesellschaft mit moderatem Wohlstand*“ aufsteigen soll.

Die großen Fragezeichen kommen von der politischen Seite. Nach den beachtlichen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ist die politische Modernisierung überfällig. Die einsichtigen Elemente in der chinesischen Elite sehen dies auch ein, doch gehen die Meinungen, wie dieser Prozess erfolgreich und ohne Verwerfungen über die Bühne gebracht werden kann, weit auseinander. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte die politische Reformlust nicht gerade stimuliert. Vor diesem Hintergrund gilt insbesondere auch für ausländische Investoren in China das Gebot, einer politischen Risikoanalyse vorrangige Beachtung zu geben, sind es doch gerade die politischen Unwägbarkeiten, die hinter Chinas Aufstieg zur Groß- oder gar Supermacht die dicken Fragezeichen setzen.

Bei einer differenzierten politischen Risikoanalyse sind die folgenden Punkte zu beachten:

- 1) Die Welt kann mit Sicherheit kein Interesse an schwerwiegenden Verwerfungen in der Volksrepublik China, an einer Revolution oder gar an einem Auseinanderfallen des Riesenlandes haben. Die humanitäre Katastrophe, die dadurch

ausgelöst würde, müsste alles, was die Welt auf dem Balkan, im Mittleren Osten oder in Afrika gesehen hat, in den Schatten stellen.

2) Historisch gesehen ist die Bandbreite der politischen Verwerfungen, die China heimsuchen können, sehr groß. Sowohl die Welt als auch vor allem die chinesische Führung müssen deshalb an einem friedlichen Reformprozess ein vitales Interesse haben.

3) Zur politischen Evolution, die dem Trauma einer neuerlichen Revolution eindeutig vorzuziehen ist, gehört wohl, dass die Einführung einer demokratischen Ordnung über Nacht nicht nur unmöglich, sondern auch nicht wünschbar wäre. Nimmt man die innerliche sozio-ökonomische Befindlichkeit der Volksrepublik zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Richtmaß, so müsste bei direkten, allgemeinen Wahlen mit einem Aufschwung der chauvinistischen, strukturkonservativen (d.h. maoistischen), staatsinterventionistischen und populistischen Kräfte gerechnet werden. Möglicherweise würden auch regionalistische, ja sezessionistische Kräfte zu den Gewinnern gehören. Die Protagonisten einer vernünftigen Reform würden wohl kaum einen großen Stimmenanteil und schon gar nicht die Mehrheit erreichen. Dazu sind die Reichtums- und Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Regionen inzwischen viel zu groß, dazu ist aber auch angesichts von bald sechs Jahrzehnten Diktatur die öffentliche Meinungsbildung vor allem in den volkreichen rückständigen und ländlichen Regionen noch zu rudimentär.

4) Die Bedenken gegen einen direkten Schritt zur Demokratie bedeuten jedoch nicht, dass das bestehende Regime nicht durch eine demokratische Ordnung ersetzt werden muss. Sie dürfen schon gar nicht mit jenen im Westen nur allzu häufig geäußerten Meinungen gleichgesetzt werden, dass die Chinesen zur Demokratie nicht fähig seien. Die politische Kultur Chinas reicht weit in die Geschichte zurück und sie ist von derselben Komplexität und Qualität wie im Westen. Es gibt überhaupt keinen Grund, weshalb China nicht dieselbe freiheitliche Ordnung errichten kann, wie sie in den bestehenden Demokratien zu finden ist.

5) All dies bedeutet, dass auf dem Weg zur Errichtung der Demokratie drei Präliminarien realisiert werden müssen: die Errichtung des Rechtsstaats, die volle Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der umfassende Respekt der Menschen- und Bürgerrechte. Sind diese wichtigen Schritte vollzogen, so wird auch China eine blühende Bürgergesellschaft haben. Diese wiederum ist das solideste Fundament, auf dem eine demokratische Staatsordnung aufgebaut werden kann.

6) Seit einigen Jahren bemüht sich die chinesische Führung um eine Modernisierung der Rechtsordnung. Es ist dabei in Rechnung zu stellen, dass China im Gegensatz zu Indien beim Nullpunkt beginnen musste. In jüngster Zeit sind Fortschritte erzielt worden, doch noch allzu häufig bewerten die Behörden den Fortschritt primär nach quantitativen Kriterien. Stolz wird vom chinesischen Justizministerium jedes Jahr die stets wachsende Zahl neuer Gesetze bekannt gegeben. Von grundlegender Bedeutung ist jedoch, dass man sich endlich an die Errichtung des Rechtsstaates macht. Dessen Abwesenheit ist ein Hindernis nicht nur für die politische, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, wie jeder bestätigen kann, der sich mit den Problemen des Schutzes des geistigen Eigentums in China oder der Schiedsgerichtsbarkeit befasst. Solange in China das simple Prinzip des römischen Rechts, „*pacta sunt servanda*“, nicht seine uneingeschränkte Geltung hat, gehört das Reich der Mitte vom Standpunkt des Rechts aus gesehen nicht zu zivilisierten Welt. Rechtsstaatlichkeit heißt aber zuvörderst auch, dass die Partei dem Recht, den Gesetzen zu unterstellen ist. Ohne die Gleichheit vor dem Gesetz und ohne die elementarste Gewaltentrennung muss alles Stückwerk bleiben.

7) Es wurde bereits erwähnt, dass ohne eine politisch mündige, politisch aufgeklärte Bevölkerung eine stabile demokratische Ordnung nicht möglich ist. Damit die Bevölkerung in ihrer Fähigkeit zur Meinungsbildung mündig wird, Zweifel daran bestehen, dass das heutige China braucht es jedoch die Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit. Beides ist in China noch immer nicht gewährleistet. Zwar kann kein im Vergleich zum China von vor zehn Jahren

gewaltige Fortschritte gemacht hat. Die Presse ist erheblich lebendiger und es gibt eine Reihe von Bereichen, in denen eine offene Debatte möglich ist. Doch über allem lastet noch immer der Schatten der Parteiwillkür, wie nicht zuletzt durch die Verhaftung von Journalisten stets von neuem bewiesen wird.

8) Es ist als positiv zu vermelden, dass in den letzten zwei Jahren sowohl das Recht auf legal erworbenes Privateigentum als auch das Konzept der Menschenrechte in der chinesischen Verfassung verankert wurden. Beides sind wichtige Schritte, wurden doch sowohl das Privateigentum als auch die Menschenrechte in China nach marxistischer Diktion als bourgeoise Ideen verworfen. Bei beiden, insbesondere aber bei den Menschenrechten wird sich jedoch in der Alltagsrealität noch weisen müssen, wie ernst es den Behörden mit der Umsetzung ist.

9) Erste Anzeichen einer im Aufbau begriffenen Bürgergesellschaft sind zu erkennen, so etwa im Bereich des Umweltschutzes. Mit der raschen Urbanisierung und mit dem Wachstum der Mittelschichten wird sich diese Entwicklung noch akzentuieren. Es steht zu erwarten, dass auf dieser Basis auch die politische Mündigkeit realisiert werden wird, die schließlich Chinas Übergang zur Demokratie besiegeln wird.

Von NAPOLEON stammt das Wort, dass „*wenn China erwacht, die Welt erschüttert*“ wird. Dass China erwacht ist, kann niemand mehr bestreiten. Wohin diese Entwicklung die Welt führen wird, steht noch immer in den Sternen geschrieben. Sicher ist einzig, dass die Rückkehr Chinas auf die Weltbühne und in die Weltwirtschaft das folgenreichste Ereignis am Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts gewesen ist.

Gustav C. Gressel

## „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“

# Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma (Myanmar) <sup>1</sup>

Über die Rolle der Menschenrechtspolitik in der internationalen Politik ranken sich bisweilen heftige Debatten. Während für liberale und „kritische“ Autoren die Förderung der Menschenrechte eine normative Prämisse darstellt, die der weiteren Politikgestaltung voranzustellen ist, sehen die Anhänger der „realistischen“ Denkschule in dieser lediglich ein im politischen Wortgebrauch selektiv eingesetztes Instrumentarium, Gegner durch Argumente zu belasten. <sup>2</sup>

Welcher Schule man sich auch immer anschließen möchte, so ist festzustellen, dass bei der Einhaltung der Einhaltung von Menschenrechten und der Bevorzugung demokratischer Herrschaftssysteme zwischen (Rechts-)Anspruch und Wirklichkeit, bzw. Policy-Kommunikation und tatsächlicher Implementation erhebliche Diskrepanzen bestehen. Denn diese greifen oft nur dann, wenn deren Anforderung oder gar die Sanktionierung deren Verstöße die Sanktionierenden nichts kostet bzw. wenn das zu belastende Land nicht über den entsprechenden Einfluss auf internationale Entscheidungen verfügt, um solche Beschlüsse hinten zu halten.

Als illustratives Beispiel kann man die Politik der europäischen Union gegenüber Burma und China heranziehen: Besonders nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung im September 2007 in Burma <sup>3</sup> wurden die Rufe nach strengen wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Staat am indischen Ozean laut. Doch hat nicht auch China einmal eine Demokratiebewegung niedergeschlagen? Gibt es objektiv nachvollziehbare Gründe für ungleiche Behandlung beider Staaten? Und ist es nicht anlässlich der Niederschlagung tibetischer Proteste in China eine ökonomisch begründete Heuchelei, Burma mit Sanktionen zu belegen, hingegen China weiterhin als „strategische Partner“ <sup>4</sup> zu hofieren?

Die politikwissenschaftliche Literatur widmet sich dem Themenkreis Menschenrechte wie auch der Verweigerung der Teilhabe der Bevölkerung an politischer Willensbildung und der Entscheidung über die Besetzung des Herrschaftsapparates unter dem Titel „Repression“. <sup>5</sup> Allerdings entstand dieser Zweig politikwissenschaftlicher Forschung während der Paktkonfrontation mit der Sowjetunion und war mit dem Hintergedanken der Kritik kommunistischer Herrschaftsapparate verfasst – was zu einem nicht unwesentlichen normativen Einschlag dieser Angelegenheit führte. Daher verschwimmen oft rechtsgestützte Forderungen mit Wunschvorstellungen über die Regimebeschaffenheit und lassen die Menschenrechtsliteratur oft in die Nähe ideologischer Polemik rücken. Trotzdem – oder gerade weil dieser Themenbereich nicht den Idealisten und Träumern überlassen werden sollte – soll hier dieser Vergleich gewagt werden.

Bevor genauer auf die länderspezifischen Gegebenheiten eingegangen werden kann, sollten ein paar Anmerkungen hinsichtlich der Vergleichbarkeit beider Staaten angeführt werden, da diese einige strukturelle Unterschiede aufweisen, die den Vergleich leicht verzerren:

Erstens ist China weit größer als Burma (9.572.419m<sup>2</sup> / 1.287.626.000 Einwohner vs. 676.552km<sup>2</sup> / 48.786.000 Einwohner). <sup>6</sup> Zahlen (Demonstrationen, Inhaftierungen, etc.) sind daher immer in Relation zur Größe und Menschenmasse zu sehen.

Zweitens übt in der Volksrepublik China die Regierung Herrschaft über das gesamte Territorium aus. In Burma hingegen herrscht seit 1948 Bürgerkrieg und nur begrenzte Teile des Staatsgebietes stehen überhaupt unter der

administrativen Kontrolle des Militärregimes. Dieser Kriegszustand generiert Probleme und Vorfälle, die nicht mit stabilen anderen Staaten vergleichbar sind. Zudem finanzieren zahlreiche Widerstandsgruppen ihre militärischen Kampagnen aus illegalen Aktivitäten, vor allem den Drogenanbau und Menschenhandel. Die damit verbundenen Probleme (Kinderarbeit in Opiumplantagen, Zwangsprostitution etc.) sind aber – so sie in Gebieten vorkommen, die sich unter der Kontrolle Aufständischer befindet – kaum der Militärregierung anzulasten und werden hier nicht erwähnt.

Drittens bestehen zwischen beiden Staaten erhebliche Entwicklungsunterschiede, die manche Tatbestände von vorne herein ausschließen. Die Problematik der Internet-Zensur etwa stellt sich für Burma kaum, da es dort im Unterschied zu China die nötige Infrastruktur (Telefon- und Kabelanschlüsse, bzw. Computer und Strom überhaupt) in viel geringerem Maße vorhanden ist, oder diese nur von der herrschenden Klasse genutzt werden. So wurden anlässlich der jüngsten Ausschreitungen in Burma einfach die Datenverbindungen unterbrochen,<sup>7</sup> ein Vorgehen, welches im industrialisierten China mit einem sich ausprägenden Dienstleistungssektor und international vernetzten Bankensystem kaum möglich wäre.

---

## Grundfreiheiten – zivile Rechte:

---

Hier werden lediglich die „klassische“ Individualrechte, wie sie in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen angeführt werden. „*The rights recognized in the United Declaration include the right of life, liberty and security of the person; freedom from slavery or servitude; freedom from torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment; recognition as a person before the law; equality before the law and equal protection of the law; remedies for violations of fundamental rights; freedom from arbitrary arrest, detention or exile (...); a fair and public trial for persons charged with crime, with guarantees necessary for defence; the presumption of innocence; conviction only according to law and freedom from the arbitrary interference with privacy, family home or correspondence, and legal protection against such interference, and legal protection against such interference; freedom of movement and residence within a country, and the right to leave any country (...); the right to marry and found a family, and equality of men and women in marriage and its dissolution; the right to own property and not to be arbitrarily deprived of it; and freedom of opinion and expression, assembly and association*“.<sup>8</sup> Die politischen und bürgerlichen Rechte werden in Verbindung mit den politischen Systemen abgehandelt.

Freilich ist die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ lediglich ein zu beachtender Vorschlag, keine rechtlich verbindliche Konvention,<sup>9</sup> und eine diesbezügliche Forderung wäre nur dann rechtsgestützt, wenn die beklagte Partei im Zuge eines anderen Aktes internationalen Rechts diesen eine bindende Wirkung zusprechen würde. China hat dies bis jetzt tunlichst vermieden und auch Seitens Burmas ist keine derartige Aktion bekannt. Allerdings verbietet dies dem Westen auch nicht, diesbezügliche Forderungen zu stellen und diese mit der in Aussichtstellung oder Gewährung von Entlastungen, Begünstigungen oder Bestechungen im Falle der Erfüllung, Belastungen, Nötigungen und Erpressungen im Falle der Missachtung (soweit sie die Gewaltanwendung oder Androhung nicht mit einschließen) zu verbinden. Objektbereich der Forderungen stellen oben genannte Bereiche dar, in denen sich beide Staaten folgend beschriebene Fehlleistungen erlauben:

Darüber ob das Recht auf Leben – wie von vielen Menschenrechtsorganisationen behauptet wird – ein generelles Verbot der Todesstrafe impliziert, ließe sich lange streiten. Zumindest so lange die Gerichtsbarkeit funktioniert und die Urteile nicht reine Willkürakte sind, sollte man hier Vorsicht walten lassen.

China führt die Rangliste der durchgeführten Exekutionen seit langem an: 2006 waren es

alleine 1010 Delinquenten, die nach offiziellen Angaben hingerichtet wurden.<sup>10</sup> Die Dunkelziffer schätzt man aber weit höher ein. Da die chinesischen Richter gegenüber der KP Chinas weisungsgebunden und jederzeit abberufbar sind, ist die Einflussnahme der Verwaltung (die ihrerseits nicht an die Weisungen der Justiz gebunden ist) und Partei auf die Rechtsprechung gegeben.<sup>11</sup> Daher ist es nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich, dass die Verhängung von Todesurteilen nach der Opportunität der herrschenden Klasse erfolgt. Besonders Korruptionsverfahren – ein Delikt das in China unter Todesstrafe steht – werden auch für politische Säuberungen genutzt. Auch repräsentiert diese Zahl auf keinen Fall alle Staatsbürger, die durch die Staatsgewalt im weiteren Sinne zu Tode gekommen sind: in Zwangslagern, bei der Niederschlagung von Protesten, sonstiger Polizeigewalt, etc. Solche mit dem Tode der Herrschaftsunterworfenen endenden Behandlungen von Gefangenen oder Demonstranten stellen tatsächliche Einschränkungen des Rechts auf Leben dar – allerdings gibt es hierzu kein verlässliches Datenmaterial oder gründliche Aufarbeitungen.

In Burma wurde die Todesstrafe zumindest nach offiziellen Angaben seit über 10 Jahren nicht mehr vollstreckt.<sup>12</sup> Allerdings ist die Zahl der durch die Staatsgewalt um Leben gekommenen Menschen unbekannt. Neben der internen Kriegssituation dringen öfters Berichte über Übergriffe des quasi unkontrollierten Sicherheitsapparates an die Öffentlichkeit. Zudem werden in Burma Zwangsarbeiter für Infrastrukturprojekte herangezogen (Pipelines, Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen, Seehäfen, etc.). Die Umgangspraxis mit den Häftlingen dürfte sich kaum von jener der japanischen Militärverwaltung im Zweiten Weltkrieg unterscheiden. Die Einlieferung der an der Protestbewegung teilnehmenden Mönche in Zwangslager (vor allem Bergbau) kommt zudem einem schleichenden Todesurteil gleich.<sup>13</sup> Ebenso wurden im Zuge der Aufstandsniederschlagung ausgiebig auf Demonstranten geschossen.<sup>14</sup>

Dass Burmas Militär im seit 1948 schwelenden Bürgerkrieg mit äußerster Härte gegen ethnische Minderheiten vorgeht und es dabei zu geplanten Übergriffen auf Zivilisten – Morde, Plünderungen, Vergewaltigungen – kommt, ist hinlänglich

bekannt.<sup>15</sup> Auch wenn diese Tatbestände nicht in den Gegenstandsbereich dieses Vergleiches fallen, so steht die Vermutung doch nahe, dass das Militär bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung ähnlich hart durchgriff. Punktuelle Medienberichte und Erzählungen geflohener Mönche<sup>16</sup> – es dringt wie bereits erwähnt wenig Information nach außen – bestätigen diese Einschätzung.

In China ist Zwangsarbeit ein fixer Teil des Strafvollzuges, Lager befinden sich in allen Provinzen.<sup>17</sup> Über die Behandlung der Strafgefangenen ist jedoch wenig bekannt. Im Exil lebende Mitglieder der *Falun Gong* Sekte berichten über Krematorien zur Beseitigung der Leichen und von regem Handel mit entnommenen Organen gesunder Toter.<sup>18</sup> (Die Anhänger dieser Sekte eignen sich aufgrund ihrer gesunden Lebensweise besonders als Organspender, weshalb die chinesischen Behörden – die Krankenhäuser stehen zum Teil unter der Kontrolle des Sicherheitsapparates – unter dem Verdacht stehen, sie aus „geschäftlichen“ Gründen besonders streng zu verfolgen und einer Tötung durch Entnahmeoperation zuzuführen). Allerdings verfolgt die Sekte auch eine Politik gezielter Anschuldigungen, um im Ausland Regierungen und Öffentlichkeiten zu motivieren, Druck auf China für eine Legalisierung ihrer Religionsgemeinschaft zu erhöhen. Der US Kongress wollte nach Auswertung der ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen wie nachrichtendienstlichen Informationen diese Vorwürfe nicht bestätigen.<sup>19</sup> Allerdings sprechen viele Indizien zumindest für einen blühenden, durch Strafanstalten belieferten Organschwarzmarkt in China, der sogar die Behörden zum Einschreiten veranlasste.<sup>20</sup>

Ein weiterer – freilich debattierbarer<sup>21</sup> – Sonderfall chinesischer Einschränkung des Rechts auf Leben wird durch die rigide Handhabung der Geburtenkontrolle aufgeworfen: Ist der Druck zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums in einer Provinz hoch (die Quoten werden je nach Bedarf festgelegt und unterschiedlich hart durchgesetzt) kann der Staat zu harten Zwangsmaßnahmen wie der Sterilisation der Eltern oder der Abtreibung des Fötus (auch in der Spätphase der Schwangerschaft) greifen.<sup>22</sup>

Schutz von Privatsphäre und der persönlichen Kommunikation garantieren beide Staaten nicht, allerdings unterscheiden sie sich in den Methoden und Dichte der Überwachung. Das Militärregime in Burma schottet seine Einwohner generell von jeder möglicher Art der Außenkommunikation ab. Jede Art der grenzüberschreitenden Kommunikation unterliegt auch strenger sicherheitsbehördlicher Aufsicht.

In China wäre dies schon alleine aufgrund der Masse an Kommunikationshandlungen unmöglich. Zwar erfolgt jede Kommunikation nachweisbar (man muss etwa die Kopie des Reisepasses in Internetcafes hinterlegen), jedoch wird nicht alles von Hand überwacht. Elektronische Zensur reagiert auf gewisse Schlagwörter, die sich leicht umgehen lassen. Auch ist der chinesischen Jugend die Handhabe von Crackprogrammen, die die Überwachungsprogramme täuschen, und Anonymisierungsseiten, über die man auch Seiten mit verbotenen Inhalten besuchen kann, geläufig. Postbriefsendungen werden in weit stärkerem Maße kontrolliert und eingezogen als elektronische Kommunikationsformen (E-mails, SMS, Mobilfunkgespräche) – hier dürfte das System aus Tradition handeln.<sup>23</sup> Anlässlich der Unruhen in tibetischen Gebieten ist es auch der chinesischen Führung nicht gelungen, den Bilder- und Informationsfluss nach außen zu stoppen.

Gerichtsverfahren können in keinem der beiden Staaten als objektiv betrachtet werden. In Burma liegt dies vor allem an der „provisorischen“ Einrichtung des ganzen Herrschaftsapparates und der damit verbundenen mangelnden – oder nicht vorhandenen – Kontrolle der Polizei- und Justizbehörden. Es wird nach Willkür und Korruptionsvermögen entschieden, oder nach politischen „Erfordernissen“.

In China hat die mangelnde Rechtsstaatlichkeit weit mehr System. Gerichte und Polizei sind den Organen der KPCh direkt weisungsgebunden und unterstehen deren Aufsicht. Parteiinterne Vorgänge dürfen nur durch interne Disziplinarkommissionen untersucht und geahndet werden, nicht durch die normalen Gerichte. Praktisch kann man sich also durch den Eintritt in die KP dem Zugriff der Justizbehörden entziehen.

Durch den WTO Beitritt musste China zumindest im Zivilrecht einige Modifikationen vornehmen und bemüht sich darum, nachvollziehbare und objektive Verfahren zu gewährleisten. Auf andere Rechtsbereiche – vor allem das Strafrecht – wirken sich diese Bemühungen langsamer aus. Es kommt aber zunehmend vor, dass man Verdächtigten das Recht auf Aussageverweigerung gewährt<sup>24</sup> oder Geständnisse nicht zu erzwingen sucht.

Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit gewähren beide Staaten nicht voll umfänglich. In Burma erstrecken sich diese Einschränkungen aber zumindest in der Theorie nur auf die Untersagung regimekritischer Organisationen. Neben der Politik kann es aber eine kleine Sphäre privater Organisationen und Meinungen geben. Die Restriktionen etwa für wirtschaftliche, sportliche und künstlerische Vereine oder Meinungsäußerungen ergeben sich in Burma vor allem aus der allgegenwärtigen Willkür, Korruption und Missmanagement des Militärs und der von diesem kontrollierten Verwaltung. Zur Frage der ethnischen und religiösen Organisationen gibt es unterschiedliche Angaben. Das nationalistische Militärregime arbeitet – im Gegensatz zu offiziellen Statements der Regierung – an der Schaffung einer Einheitsgesellschaft unter ethnisch-*birmanischen* und religiös-buddhistischen Vorzeichen.

Ethnokulturelle Minderheiten diskriminiert und verfolgt, gegen deren politische Organisationen wird mit vermehrter Härte vorgegangen. Pogrome an Christen und Muslime sind in der Geschichte Burmas öfter vorgekommen. Gegenwärtig soll die Militärregierung eine Kampagne zur Ausrottung des Christentums in Burma gestartet haben.<sup>25</sup>

Der anhaltende Bürgerkrieg, in dem vor allem die Völker der *Hmong*, *Shan*, *Kachin* und *Karen* ihre Loslösung von der Zentralgewalt durchsetzen woll(t)en, tobt nicht umsonst<sup>26</sup>: die Toleranz der ethnisch birmanischen Zentralregierung gegenüber ethnokultureller Andersartigkeit ist gering.

In China reichte die Kontrolle der Partei – dem marxistisch-leninistischen Vorbild nach – in alle Sphären des privaten Lebens. Politische Mobilisierungs- und Säuberungskampagnen, die

in den bürgerkriegsähnlichen Zuständen der *Kulturrevolution* endeten, kosteten Millionen Chinesen das Leben.<sup>27</sup> Durch den Reformprozess *Dengs* wurde die Wirtschaft schrittweise aus diesem Prozess ausgegliedert. Zwischen Wirtschaft und parteipolitisch organisiertem öffentlichen Leben entstand mit der Zeit eine Grauzone von Vereinen, die nicht direkt der Partei zuzuordnen sind (offizielle Gewerkschaften stehen etwa unter Parteikontrolle), aber auch nicht strikt gewinnorientiert sind. Alte Mechanismen der sozialen Kontrolle wurden abgeschafft (*Danwei*), oder in Richtung kommunaler Fürsorgeverwaltung reformiert. *„Insgesamt verlieren die aus der Mao-Ära stammenden Mechanismen der sozialen Kontrolle durch wirtschaftliche Veränderungen und zunehmende räumliche Mobilität an Wirksamkeit. Deshalb verfügt die chinesische Bevölkerung heute über größere private – rechtlich allerdings nicht abgesicherte – Freiheiten als jemals zuvor unter kommunistischer Herrschaft. So haben sich die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung, zur Meinungsäußerung im privaten Kreis, zu Inlands- und Auslandsreisen sowie künstlerische und wissenschaftliche Ausdrucksmöglichkeiten stark ausgeweitet. Die politische Führung duldet die Entstehung neuer Freiräume, die allerdings durch willkürliche Repressalien verwundbar bleiben.“*<sup>28</sup>

Eine gewisse Berechtigung kann man der nach wie vor bestehenden Wohnraum- und Geburtenkontrolle nicht absprechen. Erstere hat die massive Landflucht und die Bildung von Slums an den Stadträndern mit ihren Kriminalitäts- und Gesundheitsproblemen (wie sie aus afrikanischen oder lateinamerikanischen Ländern bekannt sind) hinten gehalten – auch wenn sie für Millionen ländlicher Familien bedeutet, von ihren in den Städten arbeitenden Familienmitglieder über tausende Kilometer getrennt zu leben. Auch stellte das hohe Bevölkerungswachstum in der Frühphase des 20. Jahrhundert ein nicht zu übersehendes ökonomisches Problem für China dar. Die Art und Weise der Implementation, wie auch die demografischen Folgen der Einkindpolitik sind freilich Gegenstand berechtigter Kritik.

Was die Vertretung von Minderheiten angeht, so wird auf offizieller Seite die Irrelevanz ethnisch-

kultureller Bande betont: was zählt ist allein die Loyalität gegenüber Staat und Partei. Allerdings sind die Kader der KP auch in den Außenprovinzen (*Tibet, Xingjang*) zu über 60% Han-Chinesen, besonders die Führungspositionen werden mit aus Peking entsandtem Personal besetzt.<sup>29</sup> Damit bleiben Minderheiten nicht nur von der Macht ausgeschlossen: die Partei- und Verwaltungsspitzen stellen auch die ökonomischen Eliten und sind – mittels Korruption und Vetternwirtschaft<sup>30</sup> – bei der Vereilung ökonomischer Aufstiegsmöglichkeiten die entscheidende Größe. Unter den chinesischen Provinzen haben darüber hinaus „autonome Regionen“ im Vergleich zu Sonderverwaltungszone, unmittelbaren Städten und Provinzen relativ wenig politische (vor allem wirtschaftspolitische) Autonomie.<sup>31</sup> Neben der geografischen Abgeschlossenheit der westlichen Autonomiegebiete trägt dieser Umstand ebenso zur wirtschaftlichen Rückständigkeit der westlichen Regionen bei. Die sich aktuell entladenden Proteste in Tibet haben daher nicht nur eine politische, sondern in Zeiten steigender Lebensmittelpreise<sup>32</sup> vor allem auch wirtschaftliche Dimension. Die Minderheitenpolitik oder Minderheitenrechte der Volksrepublik China kann als einziges Desaster beschrieben werden. „kulturelle Eigenständigkeit“ bezieht sich nämlich ausschließlich auf das Fördern von Folklore und Brauchtum. So lange es die chinesische Führung nicht versteht, die Multiethnizität des Staates auf tragbare Art und Weise in die politische Kultur zu integrieren (ungeachtet der Staatsform), werden solche Proteste nicht abreißen. Eigenständige kulturelle Organisationen werden als „*separatistische Bewegungen*“ strengstens verfolgt.

Zwar gewährt die Chinesische Verfassung ihren Bürgern seit 1978 wieder die Religionsausübung, allerdings steht der Staat religiösen Organisationen sehr skeptisch gegenüber. De facto stehen alle Organisationen unter direkter Kontrolle und Weisungsgebundenheit der KP.<sup>33</sup> Dies führt insbesondere mit der Katholischen Kirche zu Konflikten, da die Bindung an den Papst (Autorität im Ausland) nicht zulässig ist. Anhänger illegaler religiöser Organisationen werden unterschiedlich hart verfolgt: Am stärksten ist die *Falun Gong* Sekte betroffen, deren Anhänger umgehend in Zwangslager eingeliefert werden. Hart verfolgt wird auch das



Untergrundpersonal der katholischen Kirche (hier gibt es eine Parallelstruktur zwischen der offiziellen chinesischen Staatskirche und der römisch-katholischen Organisation) und tibetanische Geistliche. Gegen beide Organisationen erhebt man Vorwürfe, sich aus dem Ausland in innerchinesische Angelegenheiten einzumischen und separatistische Organisationen zu fördern. In diesem Zusammenhang geraten auch die islamischen Minderheiten in *Xingjiang* zunehmend in das Visier der Behörden – seit Ende des kalten Krieges registriert man vor allem aus Pakistan eine zunehmende Unterstützung sowohl ethnisch-separatistischer als auch radikal-islamischer Bewegungen.<sup>34</sup> Allerdings sind die Muslime Chinas nicht zentral organisiert, was einerseits die Verfolgung andererseits die Dokumentation der Verfolgung erschwert.

Die Frage nach der möglichen Rolle der „Zivilgesellschaft“ ist nicht einfach zu beantworten. Die Tätigkeit von ausländischen Privatorganisationen – nichtwirtschaftlicher Natur – wird von beiden Staaten unter Kontrolle gestellt. Allerdings scheint es in Burma kaum eine internationale Organisation zu geben, die dort aktiv ist – weshalb sich schwer Vergleichsdaten erheben lassen. Berichterstattung und politische Arbeit ist durch das Militärregime untersagt und wird hart bestraft. Da man in Burma ständig mit Fehlleistungen, Menschenrechtsverletzungen und ähnlichem konfrontiert wird, ist es kaum vorstellbar, dass es irgendwelche Organisationen geben könnte, die nur jenseits der politischen Sphäre tätig wären oder nicht im Verdacht stünden, „staatsschädigende“ Informationen nach außen zu tragen. Erschwerend hinzu kommt der extreme Nationalismus, wirtschaftlicher Isolationismus und die korrupte Bürokratie Burmas: der zivilgesellschaftlichen Betätigung sind sehr enge Grenzen gesetzt. Allerdings ist Burma wenig spektakulär, klein und liegt nicht nur abseits des weltpolitischen Interesses, sondern auch abseits des Interesses privater, auf Regimeveränderung ausgerichteter politischer Organisationen (Menschenrechtsbewegungen, etc.).

In China ist nach offizieller Darstellung die „Zivilgesellschaft“ ein der Partei nachgeordneter, bzw. durch Parteimitglieder organisiertes Anhängsel des politischen Alltages der KP.<sup>35</sup> Allerdings entsteht durch den wirtschaftlichen Wohlstand ein größer werdender Raum nicht-politischer Betätigungsfelder, der sich der parteipolitisch-ideologischen Durchdringung entzieht. Toleriert werden private Zusammenkünfte, so lange sie dem Regime als ungefährlich erscheinen. Unter der Führung *Hu Jintaos* sind in China diesbezügliche Kontrollen verschärft worden. Ebenso wurden die Kontrolle des Internets und der Bezug ausländischer Nachrichten in China unter schärfere Kontrolle gestellt.<sup>36</sup> Auch die innerchinesischen Medien werden wieder stärker kontrolliert und politische Schulungen für Journalisten verordnet, ebenso wie die Kontrolle ausländischer Journalisten und Touristen verstärkt wurde.<sup>37</sup>

Unter der Hand findet allerdings eine weit breitere politische Diskussion statt. Dies liegt zudem daran, dass die KP nach fast 60 Jahren politischer Monopolstellung Anlaufpunkt für verschiedenste politisch-gesellschaftliche Gestaltungsvorstellungen geworden ist. Diskutiert man mit ihren Mitgliedern einzeln und in privaten Rahmen über Themen jenseits des Erhaltes chinesischer territorialer Integrität und der Erhaltung der Machtposition der Partei, so gewinnt man den Eindruck, dass es in dieser auch liberale, konservative, nationalistische, sozialdemokratische und gar royalistisch gesinnte Kommunisten gibt. Allerdings ist politische Pluralität – auch innerhalb der Partei – kein verbrieftes Recht. In Zeiten, in denen sich die politische Führung mehr in die Enge gedrängt oder durch „subversive Kräfte“ in ihrem Machterhalt bedroht sieht, werden althergebrachte Methoden der Kontrolle und Sanktionierung wieder angewendet. Insofern könnten die jüngsten Proteste den Tibetern, wie auch dem gesamten Reformprozess Chinas einen Bärendienst erwiesen haben.

---

## Beschaffenheit des Politischen Systems:

---

Unter dem Schlagwort des „Demokratiedefizits“ werden allerlei Mängel von politischen Systemen subsumiert. Einige davon beschreiben Mängel des Herrschaftsvollzuges, andere bestimmte Strukturmerkmale politischer Systeme. Dabei geht es nach HÄTTICH um wenig-pluralistische (also mehr oder weniger monistische) Herrschaftsstrukturen, wenig-konkurrierende (also mehr oder weniger monopolisierende) Willensbildung, mehr oder minder totaler politischer Repräsentation wie mehr oder minder geschlossener (also nicht jedermann zugänglicher) politischer Strukturen.<sup>38</sup> Einige der hierzu zu behandelnden Punkte wurden bereits oben unter dem Absatz Menschenrechte behandelt.

Freilich können nicht die beiden Systeme in ihrer Funktionsweise erklärt werden, sondern lediglich die erwähnenswerten Punkte herausgestrichen werden:

### Herrschaftsstruktur:

Die Herrschaftsstruktur ist in beiden Staaten monistisch strukturiert: Es gibt ein Zentrum, die Zentralregierung, gegen die zumindest theoretisch alle anderen Behörden oder Verwaltungsebenen keine Kontrollmöglichkeiten oder Einspruchsrechte haben. Unabhängige Justiz und an Gesetze gebundene Exekutive gibt es in keinem der beiden Staaten: In Burma ist die Exekutive Gesetz, in China steht sie über ihm.

In Burma ist der reale Zustand des Regierungssystems schwer abzuschätzen. Nicht nur, dass das Land in der Berichterstattung regelmäßig übergegangen wird, sein gesamtes Herrschaftssystem stellt ein Provisorium dar: Die Verfassung der vorangehenden Diktatur von 1974 (sozialistische Republik) wurde nach dem Militärputsch 1988 abgeschafft, aber eine demokratische Ordnung nie eingeführt. Die Tagungen der Volksversammlung wurden ausgesetzt, aber nie abgeschafft. Die politischen Parteien und ihr politisches Personal aus den Wahlen von 1990 existieren noch – allerdings dürfen sie sich nicht politisch betätigen, ihre Mitglieder stehen unter Hausarrest oder sind inhaftiert. Im Gegensatz zu China bestehen

also noch die Graswurzeln eines – nie eingeführten – demokratischen politischen Systems.

Die herrschende Klasse hat die Gegeneliten nie restlos ausgemerzt, wie es in der Volksrepublik China der Fall war. Verhandlungen zwischen der Militärregierung und der Opposition über einen möglichen Übergang zu einer pluralen Herrschaftsstruktur und/oder der Machtbeteiligung der Opposition, blieben bislang aber ohne Ergebnis.<sup>39</sup>

Aber selbst wenn es zu einer Annäherung zwischen Militär und Opposition kommt, bleibt noch der Aspekt ethnischer Geschlossenheit des politischen Systems Burmas. Sowohl die Militärs, als auch die demokratische Opposition rekrutiert sich aus *Birmanen* – den ethnischen Minderheiten bliebe die politische Macht auch weiter faktisch verlegt, bzw. würden sie sich auch durch ein demokratisches Burma nicht repräsentiert fühlen.

Auch China kennt nur ein einziges Herrschaftszentrum, und das ist der ständige Ausschuss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Der übrige Staatsapparat wie auch die formelle Herrschaftsorganisation ist nur Vollzugsorganisation.<sup>40</sup> Gegenstand der Debatte ist freilich, inwieweit zumindest einige Provinzregierungen in China sich gewisse Eigenständigkeit erkämpft haben. Mit dem Wirtschaftsreformprozess, der anfangs auf wenige Sonderwirtschaftszonen beschränkt war, wurde ein differenziertes Management der Provinzen nötig. Staatswirtschaftlich durchstrukturierte Provinzen konnten nicht gleich zu marktwirtschaftlich verwalteten werden. So erkämpften sich einige reiche Küstenprovinzen etliche Sonderrechte und Kompetenzen in der Steuer-, Handels- und Wirtschaftspolitik.<sup>41</sup> Allerdings mussten die Sonderwirtschaftszonen im Zuge des WTO Beitrittes und der damit verbundenen Vereinheitlichung von Steuern, Zöllen, Abgaben und Quoten einige Kompetenzen wieder angeben. Generell scheint die Zentralregierung einer vertikalen Segmentierung des Herrschaftsapparates sehr skeptisch gegenüber zu stehen.

## Willensbildung:

Der Willensbildungsprozess ist in beiden Staaten monopolisiert, in Burma durch den engen Kreis der Junta, in China durch die Kommunistische Partei. Letztere ist zumindest eine etwas offenere Organisation, da zumindest die Mitgliedschaft in der Partei mehr Menschen offen steht, als eine Karriere in Burmas Militär. Allerdings ist der Einfluss der unteren Ebenen von Partei und Verwaltung auf die großen Entscheidungen chinesischer Politik quasi gleich null, ebenso wie die Bestellung des Herrschaftspersonals von oben herab nicht von unten herauf erfolgt. Der Form halber werden die Beschlüsse der Partei den offiziellen Organen des Staates zu Abstimmung vorgelegt – reale Bedeutung haben diese „Wahlen“ nicht.

In China gibt es zwar neben der Kommunistischen Partei noch andere Parteien, realen Einfluss besitzen sie jedoch nicht. In der offiziellen chinesischen Darstellung stehen diese Parteien nicht in Opposition, sondern „unterstützen die politische Führerschaft der KP“. <sup>42</sup> Mit anderen Worten sind sie politisch gleichgeschaltet und dürfen in den formell bestehenden aber real machtlosen staatlichen Institutionen ihr „Ja-Wort“ wählen.

Allerdings sieht sich die Kommunistische Partei Chinas auch unter ständigen Reform- und Anpassungsdruck. Um das Ziel des Wiederaufstieges Chinas zur international führenden Großmacht nachhaltig abzusichern, gilt es neben einer Professionalisierung des Herrschaftsapparates und des Herrschaftsvollzuges auch die ständig wachsenden Forderungen und Interessen der Wirtschaft, der neu entstandenen Mittel- und Oberklasse zu absorbieren, zu bündeln und irgendwie zu befriedigen. Den Spagat zwischen Reform des Partei- und Herrschaftsapparates und der Behauptung der politischen Monopolstellung der KP zu spannen, ist ein schwieriger Akt, den die chinesische Führung bislang gemeistert hat. Dabei scheint die chinesische Führung aber recht experimentierfreudig – auch mit demokratischen Entscheidungsverfahren – zu sein. Anlässlich des 17. Parteitages der KP Chinas wurde von *Hu Jintao* oftmals das Wort „Demokratisierung“ im Bezug auf die Reform des politischen Systems bzw. der Kommunistischen Partei gebraucht. <sup>43</sup> Allerdings ist dabei eher Popularisierung denn

Demokratisierung gemeint. Trotzdem sollen Wahlen bei innerparteilichen Entscheidungen vermehrt angewandt werden (als Kontrollmechanismus gegen Vetternwirtschaft und Ämterkauf), auf kommunaler Ebene werden die Bürgermeister – nach Vorschlag der KP – bereits vom allgemeinen Wahlvolk bestellt.

Ein weiterer Zweig politischer Willensbildung in China stellen illegale Proteste dar. Allein 2002 soll es von dieser Sorte über 110.000 gegeben haben. <sup>44</sup> Sie richten sich aber nicht gegen die Zentralregierung oder das Gesamtsystem, sondern meist gegen konkrete Missstände in Betrieben oder Verwaltungsbehörden. Obwohl öffentlich dementiert – sollen die betroffenen Stellen den Forderungen der Demonstranten oft nachgeben, bzw. deren Protestgründe in weiteren Verwaltungshandlungen mitberücksichtigt. Eine landesweite Koordination oder einheitliche politisch-ideologische Ausrichtung dieser Protestbewegungen ist aber nicht zu erkennen.

In Burma gibt es zwar eine weit besser organisierte politische Oppositionsbewegung, diese hat aber keinen (nachweisbaren) Einfluss auf die Regierungsgeschäfte oder Gesetzgebung. Die Militärs regieren mit direkten Weisungen an die Exekutive das Land. Wichtig ist hierzu vor allem die Loyalität des Sicherheitsapparates. Da das politische System eher ein Dauerprovisorium darstellt, sind seitens der Militärregierung keine kleinen Verbesserungen zur Effizienzsteigerung des Systems geplant – im Gegenteil: die Willkür, Korruption und mangelnde Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparates verstärk sich mit fortwährender Dauer der Militärdiktatur.

## Reichweite des Politischen:

In beiden Staaten reichen die Regelungen des politischen Systems tief in das Privatleben der Menschen hinein. War früher das Militärregime in Burma gegenüber wirtschaftlichen, ethnisch-kulturellen und humanitären Privatorganisationen eher gewährender, wird es durch das verstärkte nationalistische Auftreten, Forcierung der gewaltsamen Durchsetzung des politischen Willensmonopols und die Ausdehnung durch Zwangsarbeit vorangetriebener staatlicher Infrastrukturprojekte gerade auf diesem Sektor restriktiver. Im

Gegensatz dazu schafft der wirtschaftliche Aufstieg Chinas mehr – wenn auch beschränkte – Freiräume.

Die ökonomischen Freiheiten und die freie, von parteipolitischer Durchdringung (in Ferien-, Jugend-, Arbeits- etc. Organisationen der KP) ausgenommene, Freizeit- und Reisegestaltung ist sicherlich die größte für das Individuum spürbare Errungenschaft des chinesischen „Wirtschafts-

wunders“. Die chinesische Führung – ähnlich der russischen – hat auch verstanden, dass sie den Menschen eine Arena der Verwirklichung ihrer Gestaltungstrieb abseits des Politischen einräumen muss, um in letzterem wenig behindert manövrieren zu können. Wohlstandssatisfaktion und privat-ökonomische Freiräume scheinen als Stabilitätsgarant autoritärer Regime anscheinend zu funktionieren.

---

## Abschließende Bemerkungen:

---

Burma und China weisen, was ihren Grad der Repression angeht, durchaus Ähnlichkeiten auf, unterscheiden sich aber in ihrer Entwicklung: Während sich in China langsam aber doch individuelle Freiräume öffnen (freilich weniger im Bereich politischer Betätigungen und vor allem nicht im Bezug auf kollektive Minderheitenrechte), scheint sich Burma unter den Vorgaben isolationistisch-nationalistischer Paranoia seiner militärischen Machthaber immer weiter von den normativen Standards der Staatengesellschaft zu entfernen. Es sei auch erwähnt, dass jene Sezessionskonflikte, welche die chinesische Führung in Tibet noch zu unterdrücken sucht, in Burma bereits seit Jahrzehnten mit hohen Opferzahlen geführt werden. Den Reformprozess Chinas zu unterstützen macht also aus Sicht der Verbesserung individueller Freiheiten in China durchaus Sinn: eine Vorsicht, die quasi subversiv erschlichenen Verbesserungen nicht der Prinzipien halber durch unüberlegte Angriffe zu riskieren ist zumindest erwägenswert – freilich ohne dies in ökonomisch motivierte Speichelleckerei ausarten zu lassen.

Rechtfertigen können die oben beschriebenen Unterschiede in der Menschenrechtssituation die differenzierte Behandlung Chinas und Burmas durch die europäischen Regierungen, wie auch die Union, dies als solches kaum. Aber wie bereits eingangs erwähnt, geht es bei der Menschenrechtspolitik auch nicht um Menschenrechte, sondern um den Aufbau eines rhetorischen Arsenal gegen die Statusinteressen anderer Staaten, die dann je nach Interessenslage und Kooperationsbereitschaft der anderen Seite voll, dosiert oder gar nicht zum Einsatz gebracht wird. Doch verhält sich China in anderen Fragen der Weltpolitik tatsächlich kooperationsbereit? – Etwa

in der Frage des iranischen Atomwaffenprogramms, der globalen Nonproliferationspolitik, der Eindämmung islamisch-revisionistischer Regime wie des Sudans? Hier sollte man sich in Europa tatsächlich Gedanken machen, ob nicht gerade im Olympiajahr die Menschenrechtsfrage ein wirksames Geschütz gegen Peking ist, das zur Erpressung höherer Kooperationsbereitschaft in anderen Politikfeldern in Stellung gebracht werden könnte.

Eine letzte kritische Bemerkung sei noch hinsichtlich der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Burma anzubringen: so gerechtfertigt diese aus normativen Gründen sein mögen, sollte man sich dennoch fragen, ob sie zur eigentlichen Zielerreichung – der Verbesserung der Menschenrechtssituation in Burma – etwas beitragen. Bis jetzt haben diese aber Burma in die Lage vollständiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von China gebracht, welches seinerseits aus macht- und wirtschaftspolitischen Überlegungen kein Interesse an einer Demokratisierung oder Lösung dieser ökonomischen Dependenz hat. Für den Machterhalt wie die Sicherung eines hohen Lebensniveau der politischen Machthaber reicht das vorwiegend aus dem Ressourcenexport an China geschöpfte Vermögen allemal. Chinesische Firmen, die ihre Rohstoffe unter dem Weltmarktpreis aus Burma beziehen können, gewinnen hierdurch gegenüber westlichen Firmen Wettbewerbsvorteile und reinvestieren daher – vermittels Korruption – in den Machterhalt der Militärjunta. Der Westen, der über den Umweg chinesischer Exportunternehmen die Rechnung letztendlich zahlt, scheint also durch seine Sanktionspolitik die katastrophale Menschenrechtssituation in Burma eher zu perpetuieren, anstatt zu deren Verbesserung beizutragen.

## Anmerkungen:

- 1 Der Verfasser verwendet im weiteren Text die Bezeichnung Burma, da die Gegend, die das heutige Myanmar umschließt die längste Zeit der Weltgeschichte unter diesem Namen bekannt war.
- 2 Kurzübersicht über die Debatte siehe: Charles W. Kegley, Eugene Wittkopf, World Politics, Trends & Transformation, Ninth Edition, Belmont, 2004, S.228ff;
- 3 Burma: Junta lässt auf Mönche schießen, Wiener Zeitung Online, 27.09.2007;
- 4 Commission of the European Communities, A Maturing Partnership – Shared Interests and Challenges in EU-China Relations, Brussels 10.09.2003, Nr.: COM(2003)533 final;
- 5 Hans Peter Schmitz, Kathryn Sikkink, International Human Rights, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse, Beth A. Simmons, Handbook of International Relations, London, u.A. S.517-537;
- 6 Fischer Weltalmanach 2005, Frankfurt am Main, S.95 u. 303;
- 7 Burma von Internet abgeschnitten, NZZ Online, 28.09.2007;
- 8 Louis Henkin, Human Rights, in: Rudolf Bernhardt (Ed.), Encyclopedia of Public International Law, Volume Two, Amsterdam u.A., 1995, 886-892, S-888-889;
- 9 Juan Carrillo Salcedo, Human Rights, universal Declaration (1948), in: Rudolf Bernhardt (ed.), Encyclopedia of Public International Law, Volume Two, Amsterdam u.A., 1995, S.992-926;
- 10 <http://web.amnesty.org/pages/392-260407-feature-eng>;
- 11 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2004, S.146-152;
- 12 <http://www.todesstrafe.de/inhalt/atlas/>
- 13 Quellen sind schwer zu bekommen. Ein anonym bleibender Burma-Reisender berichtete dem Verfasser von Massenverhaftungen und Verweisung ganzer Klosteranlagen.
- 14 Burma: Demonstranten trotzen dem Militär, Wiener Zeitung Online, 28.09.2007;
- 15 Myanmar: ICRC Denounces Major Repeated Violations of International Law, ICRC News Release, 29.06.2007;
- 16 Burma: Demonstranten trotzen dem Militär, Wiener Zeitung Online, 28.09.2007;
- 17 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.150-152;
- 18 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.150-152;
- 19 CRS Report for Congress, China and Falung Gong, Updated August 11, 2006, [www.usembassy.it/pdf/other/RL33437.pdf](http://www.usembassy.it/pdf/other/RL33437.pdf);
- 20 Zwei Kanadier bezichtigen China des Mordes, Die Welt Online, 30.03.2007;
- 21 Es handelt sich hierbei um das Recht ungeborenen Lebens, zu dem ja auch in westlichen Staaten die politischen Meinungen und Ansichten weit auseinander gehen.
- 22 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.198-199;
- 23 Angaben basieren auf der persönlichen Erfahrung des Verfassers;
- 24 <http://hrw.org/wr2k2/asia4.html>;
- 25 <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2007/01/21/wburma21.xml>;
- 26 [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/287ak\\_myanmar.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/287ak_myanmar.htm);
- 27 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.194ff;
- 28 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.197;
- 29 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.233;

- 30 Vgl.: Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.55ff. u. 179ff.
- 31 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.104-105;
- 32 China sets Inflation as a Top Priority Target, IHT Online, 05.03.2008;
- 33 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.236-237;
- 34 Ziad Haider, Sino-Pakistan Relations and Xinjiang's Uigurs, Politics, Trade, and Islam along the Karakoram Highway, in Asian Survey, Vol.45, Nr.4, July/August 2005, S.522-545;
- 35 Foreign Languages Press, China in 2007, Beijing, S.80;
- 36 Tony Saich, China in 2005, Hu's in Charge, in: Asian Survey, Vol.46, Nr.1, January/February 2006, S.37-48;
- 37 Foreign Journalists Report Continued Harassment in China, IHT Online, 01.01.2008;
- 38 Zu der im weiteren Verlauf angewandten Begrifflichkeit siehe bei: Manfred Hättich, Lehrbuch der Politikwissenschaft, zweiter Band, Theorie der politischen Ordnung, Mainz, 1969, S.23-39;
- 39 Diesbezügliche Ankündigungen des Militärs gibt es öfters. Vgl.: Myanmar Junta Offers to Meet with Aung San Suu Kyi, IHT Online, 04.10.2007; Myanmar says Writing on Draft Constitution has been Completed, IHT Online, 19.02.2008;
- 40 Vgl.: Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.80ff;
- 41 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.106ff;
- 42 Foreign Language Press, China 2007, Beijing, S.79-80;
- 43 Political Reform High on Agenda, Xihua online, 28.02.2008; Hu Urges Reform, Innovation in Party Building, Xinhua Online, 19.02.2008;
- 44 Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, 2. Aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2004, S.240ff.

Franco Algieri

# Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

Die Ergebnisse des Europäischen Rats vom 21./22. Juni 2007 bedeuteten ein Ende der Agonie, in welche die Europäische Union (EU) nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag über zwei Jahre lang verfallen war. Die Staats- und Regierungschefs der EU konnten sich darauf einigen, „dass nun, nachdem in der Union zwei Jahre lang Ungewissheit über den Fortgang der Verfassungsreform geherrscht hat, der Zeitpunkt gekommen ist, [...] die Union weiter voranzubringen.“<sup>1</sup> Der Vertrag von Lissabon bietet entsprechende Ansätze, wobei das den europäischen Integrationsprozess seit Langem prägende Spannungsfeld zwischen Erweiterung und Vertiefung nur ansatzweise überbrückt wird. Mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Union kann festgestellt werden, dass trotz aller Fortschritte hinsichtlich institutioneller und prozeduraler Fragen sowie bei der Ausarbeitung neuer Instrumente, die Außenpolitik der EU einem realpolitischen, der Interessenlage der Mitgliedstaaten folgenden Ansatz verbunden bleibt.

Vor diesem Hintergrund ist die Ausgestaltung der Außenbeziehungen der EU gegenüber dritten Staaten und Regionen zu sehen. Dies gilt auch für die Politik der Union gegenüber Zentralasien als Region wie auch den einzelnen zentralasiatischen Staaten.<sup>2</sup> In der unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft von den Mitgliedstaaten angenommen EU-Zentralasienstrategie wird diese Region als ein seit Jahrhunderten bestehendes „*Bindeglied zwischen Europa und Asien*“<sup>3</sup> beschrieben. Zunächst sehr allgemein wird darin auch festgestellt: „*Mit Anbruch des 21. Jahrhunderts ist die Zeit für eine neue Partnerschaft zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten in einer globalisierten Welt gekommen.*“<sup>4</sup> Im Folgenden wird dargestellt, weshalb die EU diese strategische Partnerschaft aufbaut, mit welchen Instrumenten sie umgesetzt wird und wo Schwachpunkte liegen. Darüber hinaus wird ein kurzer Blick auf die Rolle einiger anderer Akteure gerichtet, die gegenüber Zentralasien Interessen haben und es wird gefragt, inwieweit sich für die EU dadurch mögliche neue Handlungsoptionen ergeben.

---

## 1. Die Bedeutung Zentralasiens für die EU

---

Dem Bertelsmann Transformationsindex folgend sind Kasachstan und Kirgisistan als gemäßigte Autokratien und Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan als Autokratien einzustufen.<sup>5</sup> In einer Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik wird nur für Kasachstan und Turkmenistan von einem „*grundsätzlich funktionierenden staatlichen Gewaltmonopol*“<sup>6</sup> ausgegangen. Zu den weitverbreiteten Problembereichen zählen:<sup>7</sup>

- eine mangelnde oder nur langsam voranschreitende Demokratisierung,
- die Menschenrechtsfrage,
- religiös motivierter Radikalismus,
- die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,

- demografischer Druck, der die entsprechenden sozialen Dienstleistungen überfordert,
- unzureichende Umsetzung von marktwirtschaftlichen Reformen,
- ein schlechtes Geschäfts- und Investitionsklima,
- zunehmende Einkommensunterschiede und eine damit einhergehende Armut.

Die Region und damit alle fünf „-stan“-Staaten betreffende Herausforderungen sind:

- die Bekämpfung der transnationalen Kriminalität,
- die Verbesserung der Grenzsicherung,

- die Erzielung von ökonomischer Diversifizierung,
- eine Verstärkung des intraregionalen Handels wie auch der Zugang zu den Weltmärkten,
- ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen.

In der Region Zentralasien sind also vielschichtige Problemlagen und Herausforderungen unterschiedlichster Art vorzufinden, die auf die globale Ebene übertragen, kennzeichnend für das beginnende 21. Jahrhundert sind. Neben der sicherheitspolitischen Dimension ist die handelspolitische Bedeutung Zentralasiens für die EU zu betrachten. Hierbei kann eine Differenzierung der Interessenwertigkeit zentralasiatischer Staaten für die EU festgestellt werden. Kasachstan ist im

Vergleich der zentralasiatischen Staaten die führende Wirtschaftsmacht und das kasachische Bruttoinlandsprodukt übertrifft jenes der anderen vier zentralasiatischen Staaten in seiner Gesamtheit.<sup>8</sup> Im Jahr 2005 kamen 0,8 Prozent der EU-Importe aus diesem zentralasiatischen Staat und umgekehrt gingen 0,3 Prozent der EU-Exporte dorthin.<sup>9</sup> In der Außenhandelsstatistik der EU spielen die zentralasiatischen Staaten jedoch keine hervorzuhebende Rolle. Umgekehrt zeigt sich ein anderes Bild (siehe Tabelle 2), denn für Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan war die EU im Jahr 2005 der wichtigste Handelspartner. Im Fall von Usbekistan liegt die EU an zweiter und im Fall von Kirgisistan an fünfter Stelle der größten Handelspartner.

**Tabelle 1: Handelspartner der Staaten Zentralasiens im Jahr 2005**  
(in Millionen Euro / Prozent)

	<b>Kasachstan</b>	<b>Kirgisistan</b>	<b>Tadschikistan</b>	<b>Turkmenistan</b>	<b>Usbekistan</b>
Importe aus EU	3.962 / 24,8%	120 / 6,8%	115 / 10,8%	359 / 16,7%	618 / 21,9%
Exporte in EU	8.265 / 40,0%	15 / 2,6%	399 / 54,7%	710 / 16,4%	485 / 18,6%
Importe aus Russland	5.773 / 36,1%	351 / 19,8%	206 / 19,3%	198 / 9,2%	761 / 26,9%
Exporte nach Russland	2.346 / 11,3%	106 / 18,4%	67 / 9,1%	56 / 1,3%	659 / 25,2%
Importe aus China	3.447 / 21,6%	766 / 43,2%	74 / 7,0%	80 3,7%	204 / 7,2%
Exporte nach China	2.121 / 10,3%	76 / 13,3%	5 / 0,6%	14 / 0,3%	330 / 12,6%
Importe aus Iran	19 / 0,1%	10 / 0,5%	25 / 2,3%	135 / 6,3%	-
Exporte nach Iran	547 / 2,6%	3 / 0,4%	29 / 4,0%	676 / 15,6%	77 / 2,9%
Importe aus Türkei	375 / 2,3%	74 / 4,2%	18 / 1,6%	206 / 9,6%	138 / 4,9%
Exporte nach Türkei	776 / 2,1%	12 / 2,1%	399 / 54,7%	132 / 3,0%	175 / 6,7%

Quelle: [http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/index_en.htm)



**Tabelle 2: Rangfolge ausgewählter Handelspartner der zentralasiatischen Staaten**

Kasachstan	1. EU	2. Russland	3. China	6. Türkei	8. Iran	
Kirgisistan	1. China	2. Russland	5. EU	6. Türkei	14. Iran	
Tadschikistan	1. EU	2. Russland	5. Türkei	7. China	9. Iran	
Turkmenistan	1. Ukraine	2. EU	3. Iran	5. Türkei	7. Russland	11. China
Usbekistan	1. Russland	2. EU	3. China	5. Türkei	12. Iran	

Quelle: [http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/index_en.htm)

Der Aspekt der Energieversorgung mit Erdöl und Gas wird für die EU immer wichtiger und hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine sicherheitspolitische Bedeutung. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom März 2007 wird darauf hingewiesen, dass für die Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes für die Energieaußenpolitik „*Dialogforen und Partnerschaften zwischen Verbraucher- und Erzeugerländern, zwischen Verbraucherländern untereinander und zwischen Verbraucher- und Transitländern*“<sup>10</sup> einbezogen werden sollen. In Bezug auf die Rolle von Transitländern stellen die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter für die GASP gemeinsam fest: „*Der Realisierung großer internationaler Ölleitungen für den Transport von Öl aus der kaspischen Region und aus Zentralasien in die EU kommt ebenfalls eine wesentliche Bedeutung zu.*“ Dies impliziert, nicht nur die interregionale Beziehung EU-Zentralasien und die bilateralen Beziehungen der EU zu den einzelnen zentralasiatischen Staaten zu beachten, sondern parallel hierzu auch die Beziehungen der EU zu den Nachbarländern dieser Region. Bezüglich der Transitländer muss hierbei insbesondere Russland und der Türkei Aufmerksamkeit beigemessen werden.<sup>12</sup>

Im Sinne einer Diversifizierungsstrategie und Reduzierung der Abhängigkeit von einem Energie liefernden Land gewinnen die entsprechenden Staaten Zentralasiens für die EU also an Bedeutung. Doch das Argument, Zentralasien sei wegen der dortigen Erdöl- und insbesondere der Erdgasvorkommen für die Energiesicherheit der EU von strategischem Interesse, muss differenziert betrachtet werden. Der Anteil von Gas bei der primären Energieversorgung belief sich im Jahr 2004 auf die EU-27 hochgerechnet auf 24%.<sup>13</sup> Die EU bezog im Jahr 2005 4,4% ihrer Ölimporte aus Kasachstan. Bei den Gasimporten kamen im gleichen Jahr 1,3% aus Turkmenistan und 1,1% aus Kasachstan. Der Anteil der EU-Importe an natürlichem Uran aus Kasachstan<sup>14</sup> und Usbekistan belief sich im Jahr 2005 auf jeweils 3%.<sup>15</sup> Wie aus Tabelle 3 ersichtlich wird, tragen Ölimporte aus Kasachstan für einige Mitgliedstaaten der EU nicht unerheblich zu deren Gesamtölimporten bei. Hervorstechend sind Rumänien, Österreich und die Tschechische Republik. Im Falle Rumäniens ist zusätzlich zu beachten, dass 19% der Kohleimporte ebenfalls aus Kasachstan stammen.

**Tabelle 3: Anteil der Ölimporte einzelner EU-Mitgliedstaaten aus Kasachstan**

EU-Mitgliedstaat	Anteil der Ölimporte, in Prozent
Bulgarien	10%
Deutschland	7%
Finland	4%
Frankreich	7%
Österreich	22%
Rumänien	27%
Tschechische Republik	4%

Quelle: Commission of the European Communities, SEC(2007) 12, Commission Staff Working Document, EU Energy Policy Data, Brussels 10.10.2007.

---

## 2. Die Zentralasienpolitik der EU

---

Ein ausschlaggebender Moment für die Intensivierung der Beziehungen zu Zentralasien war der in Folge der Terrorangriffe vom 11. September 2001 ausgelöste und immer noch andauernde Afghanistan-Konflikt. In der Zentralasienstrategie der EU wird dies wie folgt aufgegriffen: „Die EU muss in Fragen der Sicherheit und der regionalen Wirtschaftsentwicklung mit jedem der zentralasiatischen Staaten eng zusammenarbeiten, wobei jeweils die geografische Lage, insbesondere im Verhältnis zu Afghanistan, Pakistan und Iran berücksichtigt werden muss.“<sup>16</sup>

Zwar wurde in der Vergangenheit noch auf ein mangelndes Engagement der Europäer in Zentralasien hingewiesen,<sup>17</sup> doch spätestens mit der Einigung auf die Zentralasienstrategie der EU, im ersten Halbjahr 2007, hat sich eine neue Qualität in den europäisch-zentralasiatischen Beziehungen eingestellt. Auch in der Zeit davor folgte die EU einem strukturierten Ansatz gegenüber der Region insgesamt wie auch bilateral gegenüber einzelnen Staaten.<sup>18</sup> Als übergeordnetes Ziel der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten steht für die EU die Stärkung demokratischer Prinzipien und der Menschenrechte sowie die Transformation zu marktwirtschaftlichen Systemen.<sup>19</sup> Seit 1991 sind seitens der EG mehr als eine Milliarde Euro für Zentralasien aufgebracht worden und zwar nicht nur in spezifischen sektoralen, sondern auch in breiter angelegten Programmen, wie beispielsweise dem TACIS-Programm oder der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (*European Initiative for Democracy and Human Rights*, EIDHR).<sup>20</sup> Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EG bestehen mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan und traten jeweils am 1. Juli 1999 in Kraft.<sup>21</sup> Das Abkommen mit Turkmenistan war im Mai 1998 und jenes mit Tadschikistan im Oktober 2004 unterzeichnet worden.<sup>22</sup>

Die Verbesserung der Beziehungen zu zentralasiatischen Staaten soll nicht nur auf die technische Ebene beschränkt bleiben, sondern soll auch eine Verdichtung der direkten diplomatischen Kontakte einschließen. So fand

beispielsweise vom 27.-28. März 2007, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, erstmals ein Treffen auf Außenministerebene der EU-Troika und der Staaten Zentralasiens statt. Der Dialog auf Außenministerebene wird regelmäßig stattfinden. Die Bestimmung eines EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien kann als ein weiteres Indiz dafür gedeutet werden, dass die Union der Region mehr Aufmerksamkeit widmet. Im Juli 2005 war vom Rat in Form einer Gemeinsamen Aktion Ján KUBIS als Sonderbeauftragter für Zentralasien bestimmt worden. Ein Jahr danach folgte Pierre MOREL in diesem Amt.<sup>23</sup> Mit dem Amt des Sonderbeauftragten werden verschiedene Funktionen verbunden:<sup>24</sup>

- Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien,
- Förderung von Stabilität und Kooperation zwischen den zentralasiatischen Staaten,
- Stärkung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und der Menschenrechte sowie der Grundfreiheiten,
- Thematisierung der größten Herausforderungen und ihrer Implikationen für die EU,
- Verbesserung der Wirkung und Sichtbarkeit der EU in der Region

Die Politik der EU gegenüber Zentralasien kann in drei sich gegenseitig beeinflussende Themenfelder eingeordnet werden: Erstens Sicherheitspolitik in der Region (einschließlich ihrer weitreichenden Auswirkungen), zweitens politische, ökonomische wie auch gesellschaftliche Entwicklung und Konsolidierung sowie drittens Energiepolitik. Hinsichtlich der Dimension der Sicherheitspolitik wurde bereits erwähnt, dass die EU den Staaten Zentralasiens seit dem 11. September 2001 eine besondere Bedeutung beimisst. Die geografische Lage Zentralasiens und die sicherheitspolitisch brisante Situation in der südlichen Nachbarschaft sind hinlänglich bekannt. Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan haben gemeinsame Außengrenzen mit Afghanistan, wobei in diesem Zusammenhang Usbekistan eine besondere strategische Funktion einnimmt. Hinsichtlich der Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Operation ist der Betrieb des Luftransportstützpunkts im

usbekischen Termez, an der Nordgrenze zu Afghanistan, für den strategischen und taktischen Lufttransport sowie für Evakuierungsmaßnahmen von Kranken und Verletzten aus Afghanistan von hoher Relevanz.

Das Interesse an und die Unterstützung von Sicherheit und Frieden in der Region durchziehen die europäische Politik gegenüber Zentralasien. Mittels des politischen Dialogs EU-Zentralasien soll die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten untereinander und von ihnen mit der EU gefördert werden. In der Europäischen Sicherheitsstrategie ist festgehalten, dass darauf hingearbeitet werden soll, „dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können“. Werden die zentralasiatischen Staaten im Sinne von „*Nachbarn der EU-Nachbarschaft*“<sup>25</sup> gesehen, so kann dieser Ring also auch Zentralasien einschließen. Des Weiteren wird, der multilateralen Ausrichtung europäischer Außenpolitik folgend, die Thematisierung sicherheitspolitischer Fragen in Dialogen mit anderen Nachbarstaaten der Region (beispielsweise China und Russland) wie auch Regionalorganisationen (beispielsweise der OSZE oder der Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien CICA) aufgegriffen.

Was die politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und Konsolidierung der Staaten Zentralasiens betrifft, sind ineinandergreifende Problemfelder zu erkennen. Ob es sich um den Mangel an Rechtsstaatlichkeit, die unzureichenden politischen Partizipationsmöglichkeiten, die Korruption, Verbesserungsbedarf bei der Bildung und den sozialen Sicherungssystemen, Armut, schlechte Investitionsbedingungen oder Umweltprobleme handelt, all dies hat umfassende Konsequenzen für die innere Stabilität der Staaten wie auch der Region insgesamt. Um auf diese Bandbreite von Problemen angemessen reagieren zu können, wendet die EU einen Policy-Mix an, d. h. neben entwicklungs- und kooperationspolitischen Maßnahmen kommen auch Maßnahmen aus dem Bereich der GASP zum Tragen (beispielsweise bezüglich Maßnahmen gegen den Drogenhandel

und den Terrorismus) sowie Fragen der Grenzsicherung, der Migration, des Handels und der Energie, des Transports und der Umweltpolitik.<sup>26</sup> Hierin spiegelt sich die Bemühung der EU „*die strategische Planung und die Kohärenz zwischen den verschiedenen außenpolitischen*

*Instrumenten der Union sowie die Zusammenarbeit der EU-Organe untereinander sowie zwischen den EU-Organen und den Mitgliedsstaaten*“<sup>27</sup> zu verbessern.

Mit Blick auf die Dimension der Energiepolitik wurde bereits dargestellt, dass Zentralasien eine nicht unbedeutende Rolle unter dem Gesichtspunkt der Energiesicherheit der EU zukommt. Die Stärkung der Energiesicherheit wird hierbei „*als wichtiger Aspekt der globalen Sicherheit*“<sup>28</sup> verstanden. Deshalb sollen die Staaten der Region bei der Erkundung neuer Öl-, Gas- und Wasserkraftressourcen, der Entwicklung weiterer Pipeline-Verbindungen und anderer Energietransportnetze sowie bei Maßnahmen zur regionalen Energiesicherheit und Zusammenarbeit von europäischer Seite unterstützt werden. Außerdem zählt es zu den Interessen der EU, einen integrierten zentralasiatischen Energiemarkt und öffentlich-private Partnerschaften zu fördern.<sup>29</sup>

Insgesamt bedeutet dieser Ansatz eine Aufwertung Zentralasiens, aber dennoch ist diese Region, unter Berücksichtigung einer Gesamtschau auf die Energielieferländer und -regionen der jeweils einzelnen 27 Mitgliedstaaten der EU, gegenwärtig nicht als der große strategische Energiesicherungsraum für die Union zu bezeichnen. Außerdem dürfen die Bedeutung der Transportwege und die damit verbundenen Implikationen nicht außer Acht gelassen werden. Für den Transport des zentralasiatischen Gases nach Europa behält Russland weiterhin eine Schlüsselrolle als Transitland, da 92 Prozent des aus Zentralasien stammenden Gases durch Russland transportiert wird.<sup>30</sup> „*Central Asia's natural gas will not resolve Europe's energy security issue. Potentially, only a small amount of gas could get to Europe without passing through Russia, and this amount would not be enough to change the dynamics of Gazprom's power.*“<sup>31</sup>

---

### 3. Das Dilemma der EU-Zentralasienpolitik

---

Es lässt sich feststellen, dass die Staaten Zentralasiens aufgrund des Zusammenspiels von sicherheitspolitischen, ökonomischen und energiepolitischen Interessen für die EU von strategischer Relevanz sind. Die Union folgt dem sie kennzeichnenden Ansatz, durch Annäherung und Kooperation mehr Einflussmöglichkeiten auf die Regierungen der Region zu gewinnen. In einzelnen Fällen kann dies aber zu Lasten der konsequenten Verfolgung einer wertgeleiteten Außenpolitik gehen. Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit kennzeichnen das Funktionieren gesellschaftlicher Systeme in der Union. Das außenpolitische Handeln der EU orientiert sich daran und Titel V Artikel 11(1) EUV präzisiert dies wie folgt: *„Die Union erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt und Folgendes zum Ziel hat: [...] die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, [...] die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“* Ein weiterer Hinweis findet sich in Artikel 181a(1) EGV: *„Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.“*

Dieses Grundverständnis wird in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) noch weiter verstärkt: *„Die Qualität der Staatengemeinschaft hängt von der Qualität der sie tragenden Regierungen ab. Der beste Schutz für unsere Sicherheit ist eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten. Die geeignetsten Mittel zur Stärkung der Weltordnung sind die Verbreitung einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Unterstützung von sozialen und politischen Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte.“*

Diese wertgeleitete Politik ist zu einem charakterisierenden Bestandteil der Außenbeziehungen der EU geworden. Drittstaaten, die in Kooperationsbeziehungen zur EU stehen, akzeptieren diesen Ansatz bzw. können ihn nur schwerlich ablehnen, da dies negative Auswirkungen auf den Mehrwert der Zusammenarbeit haben kann. Doch die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einer wertgeleiteten und konditionalisierten Außenpolitik, d. h. eine vertragliche Verknüpfung der Beziehungen zu Drittstaaten mit den genannten Werten der EU, steht auf dem Prüfstand. Voraussetzung für solch eine Außenpolitik ist, dass alle Mitgliedstaaten diesen Ansatz unterstützen: *„That the EU is applying ‚multilateral‘ conditionality ... may be considered more acceptable and legitimate than conditionality applied by a single state.“*<sup>32</sup> Wie sich im Vergleich der Beziehungen der EU zur VR China einerseits und der EU zu Birma/Myanmar andererseits zeigt, spielt die ökonomische und politische Bedeutung eines Drittstaats für die Union und ihre Mitgliedstaaten eine entscheidende Rolle bei der Entscheidung über die Anwendung bzw. Nichtanwendung restriktiver Maßnahmen.<sup>33</sup>

Die EU befindet sich in der Zwangslage, einerseits mit autoritären Regimen zu kooperieren und andererseits die Glaubwürdigkeit einer wertgeleiteten europäischen Außenpolitik aufrecht zu erhalten. Beispielfhaft stehen die Beziehungen zu Usbekistan.<sup>34</sup> Als Reaktion auf die Gewaltanwendung von usbekischen Sicherheitskräften in ANDISCHAN im Mai 2005 hatte der Rat zunächst die Behörden dieses zentralasiatischen Staates aufgefordert, einer von den Vereinten Nationen geforderten unabhängigen Untersuchung nach zu kommen. Nachdem diese Aufforderung ohne Reaktion geblieben war und die usbekische Regierung ihre Haltung nicht geändert hatte, nahm der Rat im darauf folgenden November in einem gemeinsamen Standpunkt restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan an, die in der Folgezeit regelmäßig verlängert worden sind.<sup>35</sup> Die Embargomaßnahmen umfassten den Handel mit Rüstungsgütern und Waffen, einschließlich entsprechender technischer Hilfe, Einreiseverweigerungen für

bestimmte Personen in die EU sowie die Aussetzung von Sitzungen im Rahmen des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Im November 2006 wurden die Einschränkungen für Treffen auf der technischen Ebene aufgehoben, „um Usbekistan auf dem Wege des Dialogs zu veranlassen, die Grundsätze der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundfreiheiten zu beachten“.<sup>36</sup> Eine Isolierung Usbekistans liegt nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Erwägungen, d. h. der oben genannten strategischen Bedeutung des Landes als Nachbarland Afghanistans, nicht im Interesse der EU und ihrer Mitgliedstaaten. In diesem Sinne bietet Artikel 2 des Gemeinsamen Standpunkts vom November 2005 entsprechenden Interpretationsspielraum, denn darin sind die Ausnahmen zu den Embargomaßnahmen festgelegt. Diese Ausnahmen können dann Anwendung finden, wenn die „Lieferung, der Transfer oder die Ausfuhr von Waffen und Ausrüstung [...] an die Sicherheitskräfte in Usbekistan durch Länder, die ihren Beitrag zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) und zur Operation Enduring Freedom (OEF) leisten“ betreffen.<sup>3</sup>

Die Wirkungskraft von Sanktionen als Mittel der europäischen Außenpolitik steht nicht nur wegen der Art wie und gegenüber wem restriktive Maßnahmen verhängt werden zur Diskussion. Werden beispielsweise die von der EU als unverändert besorgniserregende Lage der Menschenrechte und die ausbleibende Demokratisierung in Birma/Myanmar als Beispiel herangezogen, stellt sich die Frage, inwieweit die seit über einem Jahrzehnt angewandten Sanktionsmaßnahmen ergebnisführend sind und ob eine Änderung der Strategie in Richtung Handel durch Wandel angewandt werden soll.<sup>38</sup> Aus Sicht des Europäischen Parlaments bleibt das Festhalten an den genannten Werten Grundvoraussetzung für die Glaubwürdigkeit europäischer Außenpolitik. Doch das Parlament erkennt gleichzeitig an, dass dadurch Friktionen und Missverständnisse in den Beziehungen zu Drittstaaten entstehen können.<sup>39</sup> Die Erkenntnis, „dass westliche Akteure nur noch geringen Einfluss auf die jeweiligen Regierungen haben“<sup>40</sup> wächst. Dem Argument, die EU gebe wegen energiepolitischer Interessen im Falle Zentralasiens ihren Menschenrechtsansatz auf, wird aus offizieller EU Perspektive widersprochen.<sup>41</sup>

---

#### 4. Die Rolle weiterer Akteure in Zentralasien

---

Auf Zentralasien als Region sind eine Vielzahl von Partikularinteressen verschiedener Staaten und regionaler Organisationen gerichtet.<sup>42</sup> Zu nennen sind insbesondere Russland, China, die USA, die Türkei, Iran, Indien, die OSZE, die NATO und die EU. Die Aussage, „in Zentralasien treffen die rivalisierenden Machtprojektionen der Vereinigten Staaten, der EU, Chinas und auch Russlands, Irans und Japans auf einander“<sup>43</sup> ist in Anbetracht der Bedeutung der EU zu relativieren. Die EU kann hinsichtlich ihrer Art Macht zu projizieren nicht mit Akteuren der internationalen Politik wie China oder Russland verglichen werden. Aufgrund der spezifischen Art des Systems EU sind Vergleiche mit Staaten kaum möglich.

Grundsätzlich ist die Lage in Zentralasien in den Dialogen der EU mit den entsprechenden Drittstaaten ein häufig vorzufindendes Thema. Doch ein gemeinsamer strategischer Dialog über Zentralasien der EU, mit einem oder mehreren

dieser dritten Staaten, ist nicht erkennbar. Sicherlich mögen über andere Themen und Kooperationsformen, die von der EU mit Dritten durchgeführt oder zumindest diskutiert werden, Verbindungen zu Zentralasien hergestellt werden. So kann im Zusammenhang der Frage, unter welchen Voraussetzungen der Aufbau einer transatlantischen Energiepartnerschaft möglich wäre,<sup>44</sup> auch das Thema der energiepolitischen Bedeutung Zentralasiens aufgegriffen werden.

Aus Gründen historisch bedingter Entwicklungen und Beziehungen nimmt Russland eine gewichtige Position als externer Akteur in der zentralasiatischen Region ein. Außerdem ist Russland, wie oben ausgeführt, der zentrale Akteur, wenn es um den Transit zentralasiatischen Gases in Richtung EU geht. An dieser Stelle soll der Blick aber auf einen anderen Akteur gerichtet werden, dessen Interessen und Einfluss in Zentralasien sich stetig fortentwickeln und der in den Außenbeziehungen der EU

gegenüber Drittstaaten eine führende Position einnimmt: die Volksrepublik China (VR China). Der Zusammenbruch der Sowjetunion und damit auch die Überwindung der sino-sowjetischen Spannungen rückten Zentralasien und die VR China in ein neues regionales Beziehungsgefüge. Doch der Aufbau von Infrastruktur- und Kommunikationswegen, als eine Voraussetzung für interregionale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen verlangte und verlangt Zeit. Die VR China ist nicht nur an den wirtschaftlichen Verbindungen zu den zentralasiatischen Staaten interessiert. Zunächst mussten Grenzfragen mit den Ländern der Region geklärt werden und Mitte der 1990er Jahre erfolgte durch eine gemeinsame Grenzkommission mit Russland, Kasachstan und Kirgisistan die Beilegung einer Vielzahl entsprechender Streitigkeiten. Immer wichtiger werden für die chinesische Regierung die ökonomischen und energiepolitischen Aspekte der Beziehungen zu den Staaten Zentralasiens. Mittels neuer Öl- und Gaspipelines mit Kasachstan und Turkmenistan soll eine weitere Option zur Deckung des ständig anwachsenden Energiebedarfs Chinas geschaffen werden. Kasachstan als Nachbarland und Erdöllieferant ist für die VR China von strategischer Bedeutung, da es das einzige Land ist, von dem die VR China auf dem direkten Landweg Erdöl bezieht.<sup>45</sup>

Neben den handels- und energiepolitischen Interessen der VR China an Zentralasien hat sich in Folge der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 ein neuer Interessenschwerpunkt herausgebildet: die Eindämmung terroristischer und damit verbunden auch separatistischer Bewegungen. Seit den 1990er Jahren liegt es im Interesse der VR China, dass Widerstand von *Uiguren* in der chinesischen Provinz *Xinjiang* nicht aus zentralasiatischen Ländern heraus unterstützt wird. Die Bemühungen der VR Chinas um eine sicherheitspolitische Ordnung der Region reichen in die Mitte der 1990er Jahre zurück. 1996 hatte die chinesische Regierung Russland, Tadschikistan, Kasachstan und Kirgisistan zu einer Konferenz nach SHANGHAI eingeladen, um vertrauensbildende Maßnahmen zu vereinbaren, in deren Zusammenhang aus dem *Shanghai-Mechanismus* die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) entstand.<sup>46</sup> Ein wichtiges Thema in diesem Forum ist die

Terrorismusbekämpfung. Die SCO weist zwar „*einen relativ hohen Grad an Institutionalisierung und Verbindlichkeit auf*“, doch besteht die Vermutung, „*dass viele der vereinbarten Maßnahmen nicht über die deklaratorische Ebene hinauskommen*“.<sup>47</sup> Als hinderlich für die effektive Zusammenarbeit und hierbei insbesondere den Austausch an Informationen erweist sich „*der Mangel an Vertrauen der Mitgliedsstaaten untereinander*“.<sup>48</sup>

Es ist zutreffend, dass die VR China und Russland in der SCO eine dominierende Rolle einnehmen und dies nicht nur aus Gründen der Sicherung von Energiequellen und Rohstoffen. Beide Staaten sehen in dieser regionalen Kooperationsstruktur eine Möglichkeit zur Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Eine gemeinsame Militärübung im August 2007 verdeutlichte, dass sich die SCO als mehr denn nur ein „*diplomatischer Redeverein*“<sup>49</sup> versteht. Die interessante Frage, die sich stellt ist, ob die EU durch eine Annäherung an die SCO eine weitere Möglichkeit erlangen könnte, um ihren Einfluss in Zentralasien zu stärken.<sup>50</sup> In der BISHKEK-Erklärung der SCO vom 16. August 2007 wird auf die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren eingegangen: „*The SCO members reiterate that the Organisation is open for interaction with all interested partners based on the international law and generally accepted norms of international relations with the aim of finding mutually acceptable solutions for the pressing problems of modernity.*“<sup>51</sup> Und in der Zentralasienstrategie der EU ist festgehalten, dass die Union den Dialog mit der SCO im Rahmen von „*regelmäßigen Ad-hoc-Kontakten*“ mit regionalen Organisationen pflegen will. Konkret soll die Zusammenarbeit der VR China und der SCO auf dem Gebiet des illegalen Drogenhandels gestärkt werden. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich aus dieser zunächst begrenzten Kooperation eine Vertiefung der Kontakte erzielen lässt. Dass sich hieraus eine umfassende Möglichkeit für europäische Interessendurchsetzung in Zentralasien ergibt, kann angezweifelt werden. In der BISHKEK-Erklärung wird als eine der grundlegenden Normen festgehalten, dass jeder Staat das Recht hat, seine Entwicklung eigenständig zu entscheiden. Hier besteht ein klarer Bezug zum Prinzip der

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, was wiederum eines der zentralen Prinzipien chinesischer Außenpolitik ist. Dies ist

für die EU dahingehend zu deuten, dass die Durchsetzung ihrer außenpolitischen Wertorientierung über diesen Weg nicht zielführend wäre.

---

## 5. Fazit

---

Der Erfolg der europäischen Politik gegenüber Zentralasien ist an die Leistungsfähigkeit der GASP geknüpft ist.<sup>52</sup> Unverkennbar ist, dass es im Rahmen der europäischen Außenpolitik Mitgliedsstaaten gibt, die beispielsweise aufgrund historisch oder geografisch bedingter besonderer Beziehungen zu anderen Staaten und Regionen, eine Führungsrolle übernehmen. Auf die Zentralasienpolitik der EU bezogen fällt diese Rolle Deutschland zu. Dies zeigte sich deutlich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, in deren Rahmen die Zentralasienstrategie der Union zustande gekommen war.

Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass die Mitgliedsstaaten der EU in der jüngeren Vergangenheit damit begonnen haben, wesentlich unmissverständlicher ausdrücken, was ihre im Rahmen einer europäischen Außenpolitik

gemeinsam zu verfolgenden Interessen sind. Vage bleiben sie aber dann, wenn es darum geht, einen kohärenten und klaren strategischen Ansatz zu bestimmen. Die Europäische Sicherheitsstrategie und die sie begleitenden Strategiedokumente bilden zwar eine nützliche Grundlage, auf der europäische Außenpolitik entwickelt werden kann, doch fehlt ihr eine weitere Präzisierung.<sup>53</sup> Sicherlich geht es mit Blick auf die Region Zentralasien nicht darum, ob eines Tages EU-Battle-Groups dort operativ tätig werden. Europäische Außenpolitik in Optionen zu gestalten, kann aber beinhalten, dass Möglichkeiten untersucht werden, ob und wie strategische Kooperationen mit anderen Staaten (mit Blick auf Zentralasien, insbesondere Russland und China), so ausgestaltet werden können, dass europäische Interessen darin zum Tragen kommen.

### **Anmerkungen:**

- 1 Europäischer Rat (Brüssel), Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 21./22. Juni 2007, Brüssel, 23. Juni 2007, I.8.
- 2 Hierzu zählen Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.
- 3 Rat der Europäischen Union: Die EU und Zentralasien. Strategie für eine neue Partnerschaft, 10113/07, Brüssel, 31.05.2007, S. 2.
- 4 Ebenda.
- 5 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Bertelsmann Transformation Index 2006, Gütersloh 2005, S. 129-150.
- 6 Jörn Grävingholt: Staatlichkeit und Governance. Herausforderungen in Zentralasien und im Südkaukasus, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Analysen und Stellungnahmen, Nr. 2, 2007, S. 2.
- 7 European Community: Strategy Paper 2002-2006 & Indicative Programme 2002-2004 for Central Asia, Brussels, S. 3.
- 8 International Crisis Group: Central Asia's energy risks, Asia Report No. 133, Brussels/Bishkek, 24 May 2007, S. 3.
- 9 Eurostat: Extra and intra European Union trade. Statistical Yearbook, Data 1958-2005, Luxemburg 2006, S. 36f.
- 10 Europäischer Rat (Brüssel), 8./9. März 2007, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Brüssel 02.05.2007, Anlage I. Punkt 4.
- 11 Papier der Kommission und des Generalsekretärs/Hohen Vertreters für den Europäischen Rat: Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich, S160/06, Brüssel, S. 3.
- 12 Vgl. zur Planung und zum Verlauf verschiedener Pipelineprojekte durch Russland bzw. die Türkei, Ed Crooks: Hungary's About-Turn Helps Nabucco Pipeline Back on Agenda, in: Financial Times, 18.09.2007, S. 4.

- 13 Commission of the European Communities, SEC(2007) 12, Commission Staff Working Document, EU Energy Policy Data, Brussels 10.01.2007.
- 14 Eurostat: Extra and intra European Union trade. Statistical Yearbook, Data 1958-2005, Luxemburg 2006, S. 69.
- 15 Commission of the European Communities, SEC(2007) 12, a.a.O., S. 15.
- 16 Rat der Europäischen Union: Die EU und Zentralasien. Strategie für eine neue Partnerschaft, a.a.O., S. 3.
- 17 So beispielsweise Friedemann Müller: Machtspiele um die kaspische Energie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4, 23. Januar 2006, S. 3-10, hier S. 10.
- 18 Vgl. European Community: Strategy Paper 2002-2006 & Indicative Programme 2002-2004 for Central Asia.
- 19 Vgl. Alexander Warkotsch: Die Demokratisierungspolitik der EU in Zentralasien, in: Annette Jünemann/Michèle Knodt (Hrsg.): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union, Baden-Baden, 2007, S. 185-200.
- 20 European Community: Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013, Brussels, S. 16.
- 21 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 248, 21.09.1999, S. 35-36.
- 22 Bei Fertigstellung dieses Beitrags waren beide aufgrund nicht abgeschlossener Ratifizierungsverfahren noch nicht in Kraft getreten.
- 23 Gemeinsame Aktion, 2005/588/GASP, in: Amtsblatt der EU, L 199 2005; Gemeinsame Aktion 2006/118/GASP, in: Amtsblatt der EU, L 49 2006; Gemeinsame Aktion 2007/113/GASP, in: Amtsblatt der EU, L 46 2007; Entscheidung des Rates 2006/670/GASP, in: Amtsblatt der EU, L 275 2006.
- 24 [www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/declarations/91153.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/declarations/91153.pdf)
- 25 Die EU betrachtet die zentralasiatischen Staaten wegen ihrer geografischen Lage und der politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, auf die die Union ihre neuen Politiken ausrichtet (wie die Europäische Nachbarschaftspolitik, oder die Vier Gemeinsamen Räume mit der Russischen Föderation) als die Nachbarn der EU-Nachbarschaft.
- 26 Ausführlich European Community: Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013, a.a.O., S. 26f.
- 27 Europäischer Rat (Brüssel), 15./16. Juni 2006, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, a.a.O., Punkt 32.
- 28 Rat der Europäischen Union: Die EU und Zentralasien. Strategie für eine neue Partnerschaft, a.a.O., S. 12.
- 29 Vgl. zu den Schwerpunkten der Zusammenarbeit ausführlich Rat der Europäischen Union: Die EU und Zentralasien. Strategie für eine neue Partnerschaft, a.a.O., S. 13.
- 30 International Crisis Group: Central Asia's energy risks, Asia Report No. 133, Brussels/Bishkek, 24 May 2007, S. 17.
- 31 International Crisis Group: Central Asia's energy risks, Asia Report No. 133, Brussels/Bishkek, 24 May 2007, S. 37.
- 32 Karen E. Smith: The use of political conditionality in the EU's relations with third countries. How 33
- 33 Franco Algeri: Unequal treatment. Democracy promotion of the EU in Myanmar/Burma and China, in: Annette Jünemann/Michèle Knodt (Hrsg.), a.a.O., 169-184.
- 34 Vgl. zu Usbekistan Uwe Halbach: Usbekistan als Herausforderung für westliche Zentralasienpolitik, SWP-Studie, S 26, Berlin 2006.
- 35 Gemeinsamer Standpunkt 2005/792/GASP des Rates, in: Amtsblatt der EU, L 299 2005; Gemeinsamer Standpunkt 2006/787/ GASP des Rates, in: Amtsblatt der EU, L 318 2006.
- 36 Gemeinsamer Standpunkt 2006/787/GASP des Rates, a.a.O.
- 37 Gemeinsamer Standpunkt 2005/792/GASP des Rates, a.a.O., Artikel 2ii.
- 38 Vgl. An independent report for the European Commission: Supporting Burma/Myanmar's national reconciliation process. Challenges and opportunities, Brussels, January 2005; Hervé Jouanjean: National reconciliation and foreign assistance. The future of the people is our challenge, Brussels, 5 April 2005.



- 39 Europäisches Parlament: A3-0011/94, Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der VR China, Berichtsteratterin Maria Adelaide Aglietta. PE 205.922 endgültig, 0711.1994; Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C 166, Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Juni 1995 zur Mitteilung der Kommission an den Rat „Auf dem Weg zu einer neuen Asienstrategie“, 03.07.1995.
- 40 Halbbach, a.a.O., S. 35.
- 41 Für ein Kritik an der EU-Politik gegenüber Usbekistan vgl. Galima Bukharbaeva: Remember Andijan?, in: International Herald Tribune, 10.-11.05.2008, S. 5. Für die EU-Position zu Zentralasien vgl. Pierre Morel, EU-Sonderbeauftragter für Zentralasien, in: Agence Europe, Nr. 9423, 10.05.2007, S. 5.
- 42 Vgl. weiterführend Johann Schmid: Strategische Entwicklungslinien in Zentralasien, in: Europäische Sicherheit, Nr. 6, 2007, S. 22-28 sowie Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft zu Zentralasien, Nr. 4, 2006.
- 43 Mehdi P. Amineh: Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4, 23. Januar 2006, S. 11-18, hier S. 12.
- 44 Florian Baumann: Energy security. A transatlantic challenge, CAP Policy Analysis, No. 2, 2007.
- 45 International Crisis Group: Central Asia's energy risks, Asia Report No. 133, Brussels/Bishkek, 24 May 2007, S. 37.
- 46 Zu den Mitgliedern der SCO zählen China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.
- 47 Gudrun Wacker: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Wider die „drei üblen Kräfte“ von Terrorismus, Separatismus und Extremismus, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrosismusbekämpfung, SWP-Studie, S 14, S. 75-84, hier S. 81.
- 48 Gudrun Wacker: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, a.a.O., S. 82.
- 49 Not quite the pact that was, in: The Economist, 25.08. 2007. S. 56-57.
- 50 Im Sinne einer Hinwendung der EU zur SCO vgl. Oksana Antonenko: The EU should not ignore the Shanghai Co-Operation Organisation, Centre for European Reform Policy Brief, London, May 2007.
- 51 Bishkek Declaration, [http://www.sectsco.org/news\\_detail.asp?id=1753&LanguageID=2](http://www.sectsco.org/news_detail.asp?id=1753&LanguageID=2) [19.09.2007].
- 52 So die Argumentation von Mehdi P. Amineh: Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4, 23. Januar 2006, S. 11-18, hier: S. 17.
- 53 Vgl. Franco Algeri/Michael Bauer: Die Europäische Sicherheitsstrategie. Vom Nutzen und den Unzulänglichkeiten eines EU-Dokuments, in: Alexander Siedschlag (Hrsg.), Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2006/2007, Baden-Baden: Nomos, S. 131-142.

## Israel und NATO: Neue Entwicklungen<sup>1</sup>

Obwohl ISRAEL der erste Staat außerhalb der euro-atlantischen Gemeinschaft ist, der das NATO-Programm für Individuelle Zusammenarbeit (ICP=Individual Co-operation Programme) unterschrieben hat, fällt es ihm schwer, sich zur Aufnahme engerer Beziehungen zur atlantischen Verteidigungsorganisation zu entschließen. Bislang gestaltete es seine Außenpolitik vor allem auf bilateraler Basis, daher verfügt es nur über begrenzte Erfahrungen mit multilateralen Institutionen. Die außenpolitische Elite ISRAELS sieht als Vorteil in der Bilateralität vor allem einen breiteren Handlungsspielraum und größere Aktionsfreiheit gewährleistet – und ist daher gegen eine engere strategische Partnerschaft und auch gegen etwaige Allianzen mit den VEREINIGTEN STAATEN oder mit der EUROPÄISCHEN UNION eingestellt. Aus ihrer Perspektive erscheinen solche Allianzen nur als Beschränkung der strategischen Handlungsfähigkeit ISRAELS. Seit Kurzem werden in dieser Debatte aber auch Stimmen laut, die eine engere Bindung an die NATO fordern. Diese sehen in so einer Bindung die Möglichkeit, einen Block mit der Atlantischen Gemeinschaft zu bilden; sie plädieren dafür, die Mitgliedschaft in der NATO unter der Voraussetzung anzustreben, dass die NATO den von ihr selbst angestrebten Transformationsprozeß auch tatsächlich beginnt.<sup>2</sup> Eine andere Frage ist, in wieweit die NATO und ihre Mitglieder diese Ziele tatsächlich erreichen werden.

Die entscheidende Frage ist, inwieweit eine NATO-Mitgliedschaft die israelische Aktionsfreiheit einschränken würde. Die Mitgliedschaft in einer Allianz bringt ein Dilemma mit sich: In Notzeiten versucht jede Seite, unter den Alliierten Verbündete zu gewinnen, ist selbst aber kaum bereit, Hilfestellung für Andere in deren Kriegen zu leisten. Die NATO-Mitgliedschaft bedeutete aber auch, dass ISRAEL hinsichtlich der eigenen militärischen Aktivitäten in gewisser Weise der Kontrolle des Bündnisses unterläge. Manche argumentieren deshalb, ISRAEL solle zwar seine Beziehungen zur NATO verbessern, aber keine Mitgliedschaft anstreben. ISRAEL könnte seine

Beziehungen zur NATO auch ohne eine volle Mitgliedschaft anzustreben über die bereits bestehenden Bindungen hinaus verbessern. Im Sinne seiner Zielsetzungen muss ISRAEL sich entscheiden, welche Beziehungen es zur NATO haben will. ISRAEL müsste seine Strategie gegenüber dem nordatlantischen Bündnis formulieren; es wäre wichtig gewesen, das vor dem NATO-Gipfel vom 2. bis 4. April 2008 in BUKAREST abzuschließen.<sup>3</sup> Der NATO-Gipfel in BUKAREST hat jedoch eine andere Agenda, die nicht mit ISRAEL zu tun hat. Die Frage bleibt offen, ob ISRAEL damit eine Chance vergeben hat und ob sich eine solche – etwa beim sechzigjährigen Jubiläum der NATO im Jahre 2009 – wieder ergeben könnte.

Diese Fragen sind von ISRAEL selbst zu klären. Es würde sich auch das Problem ergeben, ob ISRAEL als NATO-Mitglied Truppen zur Verwendung in anderen Regionen, zum Beispiel in AFGHANISTAN oder SOMALIA zur Verfügung stellen müsste. Müsste ISRAEL seine Truppen tatsächlich in anderen Ländern einsetzen und müssten vielleicht Israelis ihr Leben für andere Nationen opfern? Würden sich andererseits NATO-Länder an ISRAELS Kriegen beteiligen müssen? Welches NATO-Land wäre bereit, seine Truppen nach ISRAEL zu entsenden? Um diese Frage zu beantworten, wäre es sehr nützlich, die Erfahrungen der TÜRKEI als einziges Land des Nahen Ostens, das der Allianz angehört, zwölf Jahre nach der NATO-Erweiterung zu studieren. Die Auswertung der türkischen Erfahrungen in verschiedenen NATO-Einsätzen könnte der israelischen Militärführung einige Antworten auf offene Fragen liefern.

ISRAEL und die NATO vertiefen derzeit ihre Beziehungen vor allem in den nachfolgend dargestellten drei Bereichen:

**Militärpolitischer Bereich:** Von Avigdor LIEBERMAN stammt die Idee, Truppen von 30.000 Mann europäischer NATO-Staaten im *Gaza-Streifen* zu stationieren. Zu diesem Vorschlag

liegen noch keine Stellungnahmen vor. Im Jahre 2004 wurde von palästinensischer Seite dem NATO-Generalsekretär Jaap de HOPP SCHEFFER der Vorschlag unterbreitet, im *Gaza-Streifen* zu intervenieren. Die israelische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab; es wurde jedoch eine Übereinstimmung mit SCHEFFER dahingehend erreicht, dass die NATO im palästinensisch-israelischen Konflikt nur auf der Grundlage einer Einladung beider Parteien und eines Abkommens eingreifen würde.<sup>4</sup> Anfang Oktober 2007 stellte der NATO-Sprecher James APPATHURAI gegenüber Korrespondenten in BRÜSSEL fest, dass seitens der NATO keine Absicht bestehe, Truppen in den Nahen Osten zu entsenden.<sup>5</sup> SCHEFFER hat diese Aussage Anfang Dezember 2007 bestätigt. Mitte Dezember 2007 hat die israelische Außenministerin Tzipi LIVNI aus Anlass Ihres Besuches im NATO-Hauptquartier in BRÜSSEL festgestellt, derzeit laufe ein Versuch, die palästinensischen Behörden in die Lage zu versetzen, selbst – an Stelle ISRAELS – die Terror-Bekämpfung wahrzunehmen. Und sie setzte fort, es sei für die Zukunft nicht auszuschließen, dass erörtert werden müsse, welche Rolle die NATO zur Unterstützung übernehmen könne, um die Lage vor Ort zu verändern.<sup>6</sup> Deshalb – und wegen der neutralen Haltung der NATO im palästinensisch-israelischen Konflikt – bleibe ihre Rolle in der Region weiterhin auf der Agenda, trotz der deutlichen Reserviertheit des Bündnisses.

**Militärischer Bereich:** Am 5. Dez. 2006 berichtete die internationale Presse über die Mitteilung eines Offiziers des militärischen Nachrichtendienstes, ISRAEL plane einen Nachrichtenaustausch mit der NATO.<sup>7</sup> John COLSTON, Mitarbeiter des Generalsekretärs der NATO, teilte aus Anlass seines Besuches in ISRAEL im Juni 2007 mit, die NATO und ISRAEL hätten ihre Zusammenarbeit im nachrichtendienstlichen Informationsaustausch neu gestaltet und verbessert. Des Weiteren teilte COLSTON mit, die Israelischen Streitkräfte (IDF) hätten zugestimmt, ihre Beziehungen zur NATO zu verbessern und gemeinsame militärische Ausbildungen und Übungen zur Hebung der Interoperabilität mit der NATO anzustreben. Nach COLSTON sei das Ziel, ISRAEL an die NATO-Kriterien der Einsatzfähigkeit heranzuführen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften. Dies sei die

Grundlage für eine mögliche israelische Teilnahme an NATO-geführten Operationen. Diese Entscheidung zur Verbesserung der Beziehungen zur NATO und zur Teilnahme an Übungen führe auch zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen den israelischen Streitkräften und westlichen Militärorganisationen. Das würde auch zu einer gemeinsamen operativen Ausdruckweise führen, was eine Voraussetzung für die Teilnahme der IDF an internationalen Operationen sei. Quellen aus dem israelischen Verteidigungsministerium begrüßten den Besuch COLSTON als positiv und erfolgreich und stellten fest, dass die IDF noch weit davon entfernt sei, Truppen zur Teilnahme an NATO-Missionen wie KOSOVO oder AFGHANISTAN zu stellen. Zudem ergänzte COLSTON, ISRAEL sei in ein NATO-Team eingebunden, das sich um Lösungen zur Abwehr von IEDs (*“Improvised Explosive Device“*) bemühe.<sup>8</sup> Ein weiterer Beweis für die Verbesserung der Beziehungen zwischen ISRAEL und der NATO sei die Entsendung eines Offiziers der israelischen Kriegsmarine zum NATO-Hauptquartier nach NEAPEL, der sich an der Planung der NATO-Patrouillen *“Operation Active Endeavour“* beteiligen wird. ISRAEL stellt jedoch aus Budgetgründen weder Schiff noch Besatzung nach NEAPEL ab.

**Bereich Militärtechnologie:** Amir PERETZ hat Geschichte geschrieben als er als erster israelischer Verteidigungsminister das NATO-Hauptquartier in BRÜSSEL besucht hat. PERETZ und SCHEFFER diskutierten auch die Möglichkeit, die israelische Rüstungsindustrie in das NATO-Forum zu Entwicklung von Anti-Terror-Technologien einzubinden.<sup>9</sup> Zudem hat die NATO zugestimmt, ein interdisziplinäres Forschungsprojekt des bekannten israelischen Technologie-Institutes *“Technion“* zum Schutz der Wasserversorgung vor Terror mit biologischen und chemischen Mitteln, zu finanzieren. Das ist das erste von der NATO finanzierte israelische Forschungsprojekt.<sup>10</sup> Zuletzt hat im November 2007 der Chef des israelischen Generalstabes, Generalleutnant Gabi ASHKENAZI das NATO-Hauptquartier besucht.<sup>11</sup>

Zum Thema des Beitritts ISRAELS zur NATO divergieren die Meinungen. Es ist schwer vorauszusagen, ob und wenn, wann ISRAEL die Einladung

zum Beitritt zur atlantischen Verteidigungsgemeinschaft erhalten wird. Die Regierung der USA könnte zwar auf die europäischen Partner Druck ausüben, jedoch könnte dies zu kontraproduktiven Ergebnissen hinsichtlich eines israelischen NATO-Beitrittes führen. ISRAEL, die VEREINIGTEN STAATEN und die Verbündeten in der Allianz müssten sich auf einen Weg einigen, der zum Beitritt ISRAEL führen könnte.

**Überlegungen zum Datum eines israelischen NATO-Beitrittes:** Obwohl Avigdor LIEBERMAN geplant hat, sich darum zu bemühen, ISRAEL in den nächsten fünf Jahren in die NATO zu führen, sollten wir diese Initiative mit Vorsicht aufnehmen. Der NATO-Sprecher James APPATHURAI ist hinsichtlich der Möglichkeit eines israelischen NATO-Beitrittes pessimistisch. Obwohl er festgestellt hat, dass ISRAEL eine *„prominente Rolle“* in der NATO spielen könnte und auch sehr wichtig für die Organisation sei, legte er dar, dass die Debatte über dessen Mitgliedschaft *„weder für heute noch für morgen“* sei.<sup>12</sup>

Am jährlich gegen Ende Oktober stattfindenden Symposium von ISRAEL und der NATO im interdisziplinären Zentrum in HERZLIYA stellte der Oppositionsführer Benjamin NETANJAHU fest, ISRAEL sollte den vollen Beitritt zur NATO in Erwägung ziehen, müsse sich aber derzeit auf eine Übergangsperiode einstellen. Er nannte dies eine *„offizielle strategische Mitgliedschaft“* in Analogie zu den Abkommen der NATO mit SCHWEDEN und FINNLAND.<sup>13</sup>

Andererseits hat Tzipi LIVNI bei der gleichen Veranstaltung in HERZLIYA vorgeschlagen, eine *„formale partnerschaftliche Beziehungen“* mit der NATO anzustreben. ISRAEL solle zunächst eine assoziierte Mitgliedschaft in der NATO anstreben und entweder der *„Partnership for Peace“* (PfP-Plattform der dreiundzwanzig Nationen) beitreten oder den *„Internationalen Dialog“* anstreben, wie er mit der UKRAINE oder GEORGIEN geführt wird. Aber die Frage der vollen Mitgliedschaft sei nicht

### Nachtrag:

Für die Beziehungen zur NATO zuständige israelische Beamte sind:

- Uri NAAMAN, Oberst (der Reserve), Koordinator für die NATO und Verteidigungsorganisation der EUROPÄISCHEN UNION im Verteidigungsministerium.<sup>17</sup>

zu stellen. Dies entspreche auch nicht dem politischen Kurs ISRAELS – und LIVNI würde die NATO-Beamten nicht mit etwas konfrontieren, was vorher schon von James APPATHURAI abgelehnt worden sei.<sup>14</sup>

In einem – von ehemaligen militärischen Führern aus DEUTSCHLAND, FRANKREICH, den NIEDERLANDEN, GROSSBRITANNIEN und den VEREINIGTEN STAATEN – in BRÜSSEL präsentierten Bericht

wurde eine neue Strategie für die NATO vorgeschlagen. Dieser Bericht geht zwar nicht auf die seit etwa fünf Jahren im Umkreis der IDF und des Verteidigungsministerium debattierte israelische NATO-Mitgliedschaft ein, aber er empfiehlt, Staaten, die in territoriale Auseinandersetzungen verwickelt sind, nicht als Mitglieder zu aufnehmen.<sup>15</sup> Die Folgerungen aus diesem Bericht sind klar als Vorbehalte gegenüber ISRAEL zu verstehen. Diese Vorbehalte bestätigen in klaren Worten die Position der NATO gegenüber ISRAEL, nämlich dass zuerst der Konflikt zu lösen sei und dann erst der Weg zum NATO-Beitritt besprochen werden könne. Oder anders ausgedrückt, es gibt für ISRAEL keinen raschen Weg in die NATO und es ist daher sinnlos, über Beitrittsdaten zu sprechen.

Obwohl, wie einleitend gesagt, ISRAEL das erste Land war, mit dem die NATO ein IPC abgeschlossen hat, hat es nicht länger ein Monopol auf ein solches Abkommen. Anfang Oktober 2007 stimmte die NATO einem Abkommen mit ÄGYPTEN zu, es in seinen Grenz- und Sicherheitsagenden einschließlich Terrorbekämpfung zu unterstützen. Und die NATO hat dabei ausdrücklich zugestimmt, ÄGYPTEN hinsichtlich seiner Sicherheitsprobleme entlang seiner Grenze mit dem *Gazastreifen* zu unterstützen. Ägypten ist zur Zeit der zweite Staat, mit dem die NATO ein IPC abgeschlossen hat.<sup>16</sup> JORDANIEN könnte möglicherweise bald ein weiterer solcher Partner-Staat werden.

- Major General Amos GILAD, Chef der Politischen- und Sicherheitsabteilung und
- Major General Ido NEHUSHTAN, Chef der IDF Planungs- und Strategieabteilung im Verteidigungsministerium.<sup>18</sup>
- Die israelische Delegation zur NATO und zur Europäischen Union wird von Botschafter Ran CURIEL geführt. Die Delegation beschäftigt sich zu rund 70 Prozent mit EU-Angelegenheiten, der Rest entfällt auf die NATO.<sup>19</sup>

## Anmerkungen

- 1 Der Autor hat zwei Beiträge über das Thema Israel und NATO verfasst. Die erste unter dem Titel *Wandel im Charakter der Beziehungen zwischen Israel und NATO* wurde in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 3 (Mai-Juni 2007), S. 306-310 veröffentlicht. Im Folgenden zitiert als: *Wandel im Charakter*. Die zweite unter dem Titel *Israel-NATO: Where to?* wurde in: Security Policy Library, 3 (2008), The Norwegian Atlantic Committee, S. 10-15 veröffentlicht.
- 2 *The Balance of Israel's National Security. Conference Conclusions*. The Interdisciplinary Center (IDC) Herzliya, Lauder School of Government, Diplomacy and Strategy and the Institute for Policy and Strategy, Januar 2007, S. 45. Am 16. Okt. 2006 wurde das ICP-Abkommen zwischen Israel und den NATO-Mitgliedstaaten abgeschlossen, das die formalen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit in siebenundzwanzig Bereichen regelt. Dieses Abkommen enthält unter anderen Punkten auch solche zu nachrichtendienstlichem Informationsaustausch, Massenvernichtungswaffen sowie über Zivilschutz.
- 3 Ebenda; S. 46. Am 23. Jan. 2007 berichtete Jerusalem Post online, dass das israelische innere Kabinett (Verteidigungsministerium, Außenministerium und der Nationales Sicherheitsrat) ein Positionspapier entworfen habe, das vermutlich auch Richtlinien und Strategie für eine Vollmitgliedschaft Israels bei der NATO enthält. Siehe: <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1167467792055&pagename=JPost%2FJPARTi> (online am 23. Jan. 2007). Seit dieser Veröffentlichung liegen keine weiteren Berichte zu diesem Thema vor.
- 4 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1167467733753&pagename=JPost%2FJPARTi> (online am 15. Jan. 2007).
- 5 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1191257263955&pagename=JPost%2FJP> (online am 9. Okt. und aktualisiert am 10. Okt. 2007).
- 6 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1196847385402&pagename=JPost%2FJP> (online am 19. Dez. und aktualisiert am 20. Dez. 2007).
- 7 <http://www.jpost.com/servelet/Satellite?cid=1164881818681&pag> (online am 5. Dez. 2006); <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1164882002054&pagename=JPost%2FJPARTi> (online am 28. Dez. 2006).
- 8 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1182409630518&pagename=JPo> (online am 25. Juni 2007).
- 9 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1167467859557&pagename=JPost%2FJPARTi> (online am 31. Jan. 2007). Das ist einer jener Bereiche in dem die Interessen beider Seiten konvergieren. Hinsichtlich weitere Bereiche der Zusammenarbeit, siehe Eugene Kogan, *Wandel im Charakter*; S. 309 und Eugene Kogan, *Israel-NATO*; S. 13.
- 10 <http://www.globes.co.il/serveen/globes/printWindow.asp?did=1000203821&fid=942> (online am 19. April 2007).
- 11 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1203605149072&pagename=JPost%2FJP> (online am 21. Feb. 2008 und aktualisiert vom 23 Februar 2008).
- 12 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1191257263955&pagename=JPost%2FJP> (online am 9. Okt. und aktualisiert vom 10 Oktober 2007).
- 13 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1192380632993&pagename=JPost%2FJP> (online am 23. Okt. 2007). In seinem zweiten Beitrag *Israel-NATO* (S. 14) schlägt der Autor vor, dass die

israelische Regierung der Erfahrungen der schwedische und finnische Einsätze von Friedenstruppen unter NATO-Führung analysiere, bevor sie entscheide, ihre Truppen zu NATO-Missionen zu entsenden. Es ist nicht bekannt, ob die israelische Teilnahme an NATO-Friedensmissionen von der israelischen politischen- und militärischen Führung debattiert wurde.

- 14 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1192380636145&pagename=JPost%2FJP> (online am 23. Okt. und aktualisiert am 24. Okt. 2007).
- 15 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1200475897694&pagename=JPost%2FJP> (online am 17. Jan. 2007).
- 16 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1191257263955&pagename=JPost%2FJP> (online am 9. Okt. und aktualisiert am 10. Okt. 2007).
- 17 <http://www.haaretz.com/hasen/spages/932717.html> (online am 10. Dez. 2007).
- 18 <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1203605149072&pagename=JPost%2FJP> (online am 21. Feb. 2008 und aktualisiert am 23. Feb. 2008).
- 19 <http://www.haaretz.com/hasen/spages/932717.html> (online am 10. Dez. 2007).

## Die Autoren dieses Heftes

### **Dr. Franco Algeri**

Seit April 2008 Forschungsdirektor am *Österreichischen Institut für Europäische Sicherheitspolitik* (ÖIES) in MARIA ENZERSDORF bei WIEN. Zuvor war er am *Centrum für angewandte Politikforschung* (C.A.P) in MÜNCHEN und am *Institut für Europäische Politik* (IEP) in BONN als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Fragen der europäischen Integration (insbesondere die Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU) sowie die Beziehungen EU-Asien (insbesondere China).

Er studierte Politikwissenschaft und Sinologie in FREIBURG, TAIPEI und TÜBINGEN, absolvierte ein Postgraduiertenstudium am Europa-Kolleg in BRÜGGE und promovierte an der Universität TÜBINGEN. Er lehrte an den Universitäten in MÜNCHEN und TÜBINGEN und wurde im Jahr 2000 zum Gastprofessor an der *School of International Studies* sowie zum Fellow am *Center for European Studies* an der *Renmin University of China* in PEKING ernannt.

### **Mag.(FH) Mag. Gustav Carl Gressel**

Geboren 1979, ist seit 2006 Mitarbeiter der Analyseabteilung des Büros für Sicherheitspolitik im BMLV; Spezialgebiete: Proliferation von Nuklearwaffen, Mittlerer Osten, Ostasien; Absolvent der *Theresianischen Militärakademie*, 2002-2007 Studium der Politikwissenschaft in SALZBURG, 2004-2006 Wissenschaftlicher Assistent von Sektionschef Prof. DDr. Reiter im BMLV;

### **Dr. Eugene Kogan**

Studierte an der Universität TEL AVIV Geschichte und promovierte an der Universität WARWICK, Großbritannien. Seine Dissertation beschäftigte sich mit der Auslagerung der sowjetischen Rüstungsindustrie aus der Kriegszone im Lauf der Jahre 1941-1942.

Dr. Kogan ist bekannt als Experte im Bereich der Rüstungsindustrien. Er war Gastforscher an renommierten Forschungsinstituten wie zum Beispiel: *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, *Schwedische Forschungsagentur für Verteidigung (FOI)*, *Schwedische Nationale Verteidigungsakademie (FHS)*.

Zu Zeit wohnt Dr. Kogan in WIEN und arbeitet als Gastwissenschaftler am *Internationalen Institut für Liberale Politik*.

Er ist israelischer Staatsbürger und leistete 1975-1978 seinen Militärdienst in den israelischen Streitkräften (IDF).

### **Urs Schoettli**

Geboren 1948 in Basel. Philosophiestudium an der Universität BASEL. 1978 bis 1982 Generalsekretär der Liberalen Internationalen in LONDON, danach bis 1991 Geschäftsführender Vizepräsident.

1983 bis 1989 Südasienkorrespondent der NZZ in DELHI. 1990 bis 1995 Iberien-Repräsentant der deutschen *Friedrich-Naumann-Stiftung*, erst in Madrid und danach in SINTRA, Portugal. Von 1993 bis 1995 ehrenamtlicher Sekretär der *Großeuropakommission*.

1996 Rückkehr zur NZZ, dort bis 1999 Korrespondent in HONGKONG, danach von 1999 bis 2002 Fernostkorrespondent in TOKIO, 2002 bis 2007 China-Korrespondent in PEKING. Seit 2007 wieder Fernostkorrespondent mit Sitz in TOKIO. Mitglied des Vorstands der *Max Schmidheiny-Stiftung*.

Urs Schoettli gehört dem Board Internationaler Konsulenten des *Internationalen Instituts für Liberale Politik* an.

# Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

**Albert Kadan:** Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

**Erich Reiter:** Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich  
(*vergriffen*)

HEFT 2 (1982)

**Wilhelm Brauner:** Staatsausgaben  
(*vergriffen*)

HEFT 3 (1984)

**Erich Reiter:** Reform des Bundesrates  
(*vergriffen*)

HEFT 4 (1984)

**Eva Steindl:** Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer  
(*vergriffen*)

HEFT 5 (1985)

**Erich Reiter** (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas  
(*vergriffen*)

HEFT 6 (1985)

**Heinz Vetschera:** Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht  
(*vergriffen*)

HEFT 7 (1986)

**Lothar Höbelt:** Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik  
(*vergriffen*)

HEFT 8 (1986)

**Helmut Berger:** Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO  
(*vergriffen*)

HEFT 9 (1986)

**Anton Pelinka:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ  
**Manfried Welan:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP  
**Erich Reiter:** Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ  
(*vergriffen*)

HEFT 10 (1987)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen  
(*vergriffen*)

HEFT 11 (1987)

**Heinrich Schneider:** Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung  
(*vergriffen*)

HEFT 12 (1988)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

## **DIE ZUKUNFT EUROPAS**

**Franco Algieri:** Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

**Peter Schmidt:** Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

**Herbert Scheibner:** Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

**Erich Reiter:** Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

**Waldemar Hummer:** Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

## **STEUERPOLITIK**

**Ernst Gehmacher:** Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

**Erich E. Streissler:** Steuerpolitik und Umverteilung

**Oliver Ginhör:** Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

**Herbert Scheibner:** Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

## **KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM**

**Elsayed Elshahed:** Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

**Hans Winkler:** Toleranz ist keine Einbahnstraße

**Herbert Scheibner:** Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

**Erich Reiter:** Integration und/oder Kulturkampf

## **KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER**

**Herbert Scheibner:** „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“

**Katharina Beclin:** Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

**Karin Gastingner:** Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

**Gabriele Zierung:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Astrid v. Friesen:** „Kinder und Gewalt. Opfer und Täter“



HEFT 17 (2006)

## **BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH**

**Manfried Welan:** Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

**Lothar Höbelt:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

**Walter M. Iber, Erich Reiter:** Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

**Alfred Gerstl:** Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

**Walter M. Iber:** Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

**Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter:** Teilweise überarbeitete Auszüge aus:

Liberalismus in Europa

**Anhang:** Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

## **VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT**

**Erich Reiter:** Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

**Manfried Welan:** Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

**Urs Schöttli:** Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

**Andreas Unterberger:** Bürgerlich: Was ist das?

**Gunther Tichy:** Die neue Unsicherheit

**Ernst Gehmacher:** Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

**Wolfgang Neumann:** Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

**Jörg Schütze:** Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

**Werner Pleschberger:** Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

## **DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK**

**Lothar Rühl:** Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

**Reinhardt Rummel:** Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

**Erich Reiter:** Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

**Heinz Gärtner:** Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

**Günter Hochauer:** Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

**Erich Eder:** Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

**Helge Lerider:** Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

## **DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE**

**Wolfgang Mazal:** Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

**Urs Schoettli:** Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

**Werner Pleschberger:** Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

**Thomas Neumann:** Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt:** Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

## **FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP**

**Franz Fiedler:** Föderalismus als Gestaltungsprinzip

**Peter Bußjäger:** Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

**Gerhart Wielinger:** Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

**Günter Voith:** Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

**Martin Malek:** Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

### **GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN**

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt:** Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

**Michael Stormann:** Genmedizin in Europa

**Clemens Leitgeb:** Genmedizin in der Onkologie

**Wolfgang Schallenberg:** „Genmedizin“.

Genechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

**Iris Kempe:** Die europäisch-russischen Beziehungen und die Russlandpolitik der EU

HEFT 23 (2007)

### **LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.**

**Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006. Liberale Politik in Österreich.** Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29.

September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

**Erich Reiter:** Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

**Lothar Höbelt:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

### **KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE**

**Erich Reiter:** Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffenergie und Atomenergie

**Helmut Stubner:** CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

**Volkmar Lauber:** Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

**Stefan Pickl:** Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

**Dieter Drexel:** Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

**Erich Gornik:** Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

### **ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT**

**Erhard Busek:** Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

**Heinz Gärtner:** Eine moderne Neutralität ist flexibel

**Erich Reiter:** Neutralität als österreichische Ideologie

**Gottlieb F. Hoepfli:** Neutralität in der Schweiz

**Peter W. Schulze:** Elf Thesen zur russischen Innen- und Außenpolitik am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

**Günther Ofner:** Die EU als Energiemanager

HEFT 26 (2008)

### **ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU**

**Urs Schoettli:** Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

**Gustav C. Gressel:** „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

**Franco Algieri:** Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

**Eugene Kogan:** Die Beziehungen Israels zur Nato

# Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

## Reihe Studien

<b>Klaus Becher</b>	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
<b>Peter W. Schulze</b>	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum Russland als Energiemacht	Oktober 2007
<b>Heinz Gärtner</b>	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
<b>Klaus Becher</b>	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
<b>Andrei Zagorski</b>	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
<b>Egbert Jahn</b>	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
<b>Peter W. Schulze</b>	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
<b>Oliver Ginthör</b> <b>Martin Haselberger</b> <b>Sandra Schreiblehner</b>	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
<b>Stefan Pickl</b>	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandels systemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Sicherheitspolitik im Nahen Osten – Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

[www.iilp.at](http://www.iilp.at)

IILP – ZVR Zahl 425665530

